

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 3.00 Mk., monatl. 1.10 Mk.,  
 wochentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3.00 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7020.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne  
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf. für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Kreuzsprecher: Amt 1, Nr. 1504.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 19. Oktober 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Mehr Schiffe — weniger Partei.

An diesem Mittwoch hat der Kaiser in Hamburg dem Stapellauf eines neuen Schlachtschiffes beigewohnt. Der „Hamburgische Korrespondent“ hatte bereits am Morgen eine marxistische Kaiserrede angefündigt. „Man weiß“, so hatte das Blatt geschrieben, „wie sehr Kaiser Wilhelm für jeden Zuwachs zu den bisher so überaus bescheidenen Beständen unserer Kriegsflotte sich interessiert und wie gern er einen solchen Anlaß benutzte, um durch seine Teilnahme an dem wichtigen Akte und durch begeisternde Worte, die er der Bedeutung des Tages leiht, die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise des deutschen Volkes immer und immer wieder auf die See zu lenken, die Trägerin unserer Zukunft, und auf die Kriegsflotte, das Sinnbild der Reichsgewalt, der Seegewalt.“

Der Kaiser hat in der That die Ankündigung des Blattes erfüllt und genau in diesem Sinne bei dem Festmahl im Hamburger Rathaus eine begeisterte Flottenvorbereide gehalten. Der von ihm ausgebrachte Trinkspruch hatte, nach der offiziellen Feststellung, folgenden Wortlaut:

Es gereicht mir zur besonderen Freude, an dem heutigen historischen Gedenktage wieder in Ihrer Mitte weilen zu können. Ich fühle mich gleichsam erfrischt und neu gestärkt, so oft ich von den Bogen des frisch sprudelnden Lebens einer Hansestadt umspült werde. Es ist ein feierlicher Akt, dem wir soeben beigewohnt, als wir ein neues Stück schwimmender Wehrkraft des Vaterlandes seinem Element übergeben konnten. Ein jeder, der ihn mitgemacht, wird wohl von dem Gedanken durchdrungen gewesen sein, daß das stolze Schiff bald seinem Verufe übergeben werden könne; wir bedürfen seiner dringend und bitter **not ist uns eine starke deutsche Flotte.** Sein Name erinnert uns an die erste glanzvolle Zeit des alten Reiches und seines mächtigen Schirmherrn. Und auch in jene Zeit fällt der allererste Anfang Hamburgs, wenn auch nur als Ausgangspunkt für die Missionstätigkeit im Dienste des gewaltigen Kaisers.

Jetzt ist unser Vaterland durch Kaiser Wilhelm den Großen neu geeint und im Begriff, sich nach außen hin herstellend zu entfalten. Und gerade hier inmitten dieses mächtigen Handelsemporiums empfindet man die Fülle und Spannkraft, welche das deutsche Volk durch seine Geschlossenheit seinen Unternehmungen zu verleihen im Stande ist. Aber auch hier weiß man es am höchsten zu schätzen, wie notwendig ein kräftiger Schutz und die unentbehrliche Stärkung unserer Seestreitkräfte für unsere auswärtigen Interessen sind. **Doch langsam nur greift das Gefühl hierfür im deutschen Vaterlande Platz, das leider noch zu sehr seine Kräfte in fruchtlosen Parteienungen verzehrt.** Mit tiefer Besorgnis habe ich beobachten müssen, wie langsame Fortschritte das Interesse und politische Verständnis für große, weltbewegende Fragen unter den Deutschen gemacht hat.

Wirden wir um und her, wie hat seit einigen Jahren die Welt ihr Antlitz verändert. Alte Weltreiche vergehen und neue sind im Entstehen begriffen. Nationen sind plötzlich im Gesichtskreis der Völker erschienen und treten in den Wettbewerb mit ein, von denen kurz zuvor der Late noch wenig bemerkt hatte. Ereignisse, welche unwiderrücklich wirken auf dem Gebiete internationaler Beziehungen sowohl wie auf dem Gebiete des national-ökonomischen Lebens der Völker, und die in alten Zeiten Jahrhunderte zum Reifen brauchten, vollziehen sich in wenigen Wochen.

Dadurch sind die Aufgaben für unser Deutsches Reich und Volk in mächtigem Umfange gewachsen und erscheinen für mich und meine Regierung ungewöhnliche und schwere Anforderungen, die nur dann von Erfolg gekrönt sein können, wenn einheitlich und fest, **den Parteien entsagend,** die Deutschen hinter uns stehen. **Es muß dazu aber unser Volk sich entschließen, Opfer zu bringen.** Vor allem muß es ablegen seine Sacht, das Höchste in immer stärker sich ausprägenden Parteirichtungen zu suchen. Es muß aufhören, die Partei über das Wohl des Ganzen zu stellen. Es muß seine alten Erbfehler eindämmen, alles zum Gegenstand ungezügelter Kritik zu machen und es muß vor den Grenzen Halt machen, die ihm seine eigenen, vitalsten Interessen ziehen. Dem gerade diese alten politischen Sünden rächen sich jetzt schwer an unseren See-Interessen und unserer Flotte. Wäre ihre Verstärkung mir in den ersten 8 Jahren meiner Regierung trotz inständiger Witten und Wartens nicht beharrlich verweigert worden, wobei sogar Hohn und Spott mir nicht erspart geblieben sind, wie anders würden wir dann unseren blühenden Handel und unsere überseeischen Interessen fördern können!

Doch meine Hoffnungen, daß der Deutsche sich ermannen werde, sind noch nicht geschwunden. Denn groß und mächtig schlägt die Liebe in ihm zu seinem Vaterlande. Davon zeugen die Oktoberfeuer, die er heute noch auf Bergeshöhen anzündet und mit denen er auch das Andenken an die herrliche Gestalt des heute geborenen Kaisers in der Erinnerung mit feiert. Und in der That, einen wunderbaren Bau hat Kaiser Friedrich mit seinem großen Vater und dessen großen Paladinen errichten helfen und uns als Deutsches Reich hinterlassen. In herrlicher Pracht steht es da, ersehnt von unseren Vätern und besungen von unseren Dichtern!

Nun wollen, halt wie bisher in dem Jauch sich darüber zu freuten, wie die einzelnen Kammern, Gänge, Abteilungen dieses Gebäudes aussehend oder eingerichtet werden sollen, möge unser Volk in idealer Begeisterung wie die

Oktoberfeuer auflodernd seinem idealen zweiten Kaiser nachstreben und vor allem an dem schönen Bau sich freuen und ihn schätzen helfen. Stolz auf seine Größe, bewußt seines inneren Wertes, einen jeden fremden Staat in seiner Entwicklung achtend, die Opfer, die seine Weltmachtstellung verlangt, mit Freuden bringend, **dem Parteigeist entsagend,** einheitlich und geschlossen hinter seinen Fürsten und seinem Kaiser stehend, so wird unser deutsches Volk auch den Hansestädten ihr großes Werk zum Wohle unseres Vaterlandes fördern helfen. Das ist mein Wunsch zum heutigen Tage, mit dem ich mein Glas erhebe auf das Wohl Hamburgs.

Die Rede, eine Mischung von alldemokratischer Flottenbegeisterung und Riquelscher parteiloser Sammelpolitik, schließt sich nach ihrem programmatischen Charakter denen von Dehnhausen und Dornmund an. Verhieß uns jene die Zuchtensvorlage, diese den unerschütterlichen Willen, die Kanalvorlage durchzuführen, so kündigt uns die Hamburger Rede eine **neue gewaltige Flottenvorlage an.** Denn nicht anders können die kaiserlichen Worte aufgefaßt werden.

An sich liegt kein Anlaß vor, zur Zeit über eine Flottenvermehrung zu diskutieren. Der große Flottenplan ist im Vorjahr vom Reichstag angenommen worden und bindet uns für sechs Jahre. Wenn gleichwohl der Kaiser jetzt von der unentbehrlichen Stärkung unserer Seestreitkräfte spricht, so kann er damit nichts anderes meinen, als daß er den jetzigen Flottenplan für ungenügend hält und ihn durch einen neuen zu ersetzen wünscht. Wir dürfen uns also im Reichstag wieder einmal auf ernste Kämpfe auf dem Gebiete der Rüstungspolitik gefaßt machen.

Freilich sprach der Kaiser offenbar nur seine persönlichen Wünsche und Meinungen aus. Wir dürfen nicht annehmen, daß die Regierung, insonderheit Herr Tirpitz, geneigt sein dürfte, sich einer parlamentarischen Niederlage auszuliefern, wie sie die Einbringung einer Flottenvorlage nach vor Erledigung des bewilligten Planes notwendigerweise zur Wirkung haben muß. Wir erfahren ja auch jetzt zu unserer Ueberraschung, daß die Regierung in den ersten acht Jahren der Herrschaft Wilhelms II. trotz seines inständigen Witten und Warnens ihrem Monarchen die Verstärkung der Flotte verweigert hat. Denn die kaiserliche Klage kann sich eben nur auf den Widerstand der Regierung gegen seine Wünsche beziehen, da unseres Wissens der Reichstag mit unwesentlichen Abträgen stets bewilligt hat, was von ihm gefordert worden ist. Es scheint also, als ob in jenen ersten acht Jahren wiederholt Flottenpläne schon im Schoße des Marineministeriums oder des Bundesrats gescheitert sind, bevor sie Gelegenheit hatten, sich um die Gunst des Reichstags zu bewerben. Die Gerüchte von unerlösten Flottenplänen erhalten jetzt erst eine Bedeutung, wie die Änderungen im Reichs-Marineamt durch die Hamburger Rede ihre Aufklärung finden. Es ist zu erwarten, daß die Regierung sich es wohl überlegen wird, den Erfahrungen in der Zuchtens- und Kanalvorlage eine weitere ähnliche durch Einbringung und Vertretung von neuen Marineforderungen hinzuzufügen.

Mit besonderer Schärfe tritt in der Rede der Unmut des Kaisers über den Ausgang des Kanalhandels hervor. Ganz der Auffassung Riquels entsprechend wird den Parteien jede Erstzubeachtung abgesprochen. Noch niemals hat der Kaiser mit solcher Bitterkeit von fruchtlosen Parteienungen, von der Sucht, das Höchste in immer schärfer sich ausprägenden Parteirichtungen zu suchen, von dem alten Erbfehler, alles zum Gegenstand grenzenloser, ungezügelter Kritik zu machen, von dem Jauch usw. gesprochen.

Natürlich denkt der Kaiser dabei nur an die bürgerlichen Parteien, deren geringer Interessentum der Kanalvorlage zu Falle gebracht hat. Gerade die Entwicklung der letzten dreißig Jahre hat aber gezeigt, daß durch das Parteiwesen das Interesse und politische Verständnis für wirklich große, weltbewegende Fragen im Volke denn doch nicht gar so langsame Fortschritte gemacht hat, wenn sie auch noch nicht so schnell sind, wie wir wohl wünschen möchten.

### Die Parteipresse und der Parteitag.

Nachdem wir in den beiden vorhergehenden Nummern Urteile der bürgerlichen Presse über den Parteitag in Hannover wiedergegeben haben, lassen wir heute die Stimmen der Parteipresse, soweit sie bis jetzt ein Urteil abgegeben, Revue passieren. Spiegelt doch unsere so erfreulich zahlreiche Parteipresse ein gut Stück der Meinung der Gesamtpartei wieder, und so ruhig wir die bürgerliche Presse, die in ihren Ueberrungen über den Parteitag wieder bewiesen hat, daß sie für ihr Urteil über die Socialdemokratie nur zwei Schemata kennt, das vom Urseligmachen und das vom Kaufern, schwagen lassen können, so beachtlich ist für uns das Urteil der Parteipresse.

Und mit Freuden können wir es konstatieren: es herrscht eine fast vollständige Uebereinstimmung in der Beurteilung der Ergebnisse des Parteitages. Allseitig wird der Befriedigung darüber Ausdruck gegeben, daß der Parteitag die Einmütigkeit der Partei in dem Ziele: Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Joche der Lohnsklaverei, Vergesellschaftung der Produktionsmittel, rücksichtslosen Kampf gegen die herrschende Gesellschaft, festgestellt hat. Und wie ein roter Faden zieht sich durch alle Betrachtungen

über den Parteitag die stolze Freude darüber, daß so schwierige Probleme des gesellschaftlichen Lebens mit solcher Gründlichkeit diskutiert und daß scheinbar so weit von einander abweichende Anschauungen innerhalb der Partei in vollster Oeffentlichkeit auf dem Parteitage verhandelt werden konnten, ohne daß die Geschlossenheit der Partei im Innern wie im Handeln nach Außen Schaden leiden, daß sie vielmehr aus diesen hitzigen Kämpfen nur um so geschlossener hervorgehen konnte. Im einzelnen gehen die Meinungen auseinander, im ganzen stimmen sie überein.

Es schreibt das „Hamburger Echo“:  
 „Die Diskussion über die „Bernstein-Frage“ hat nach den festgestellten Debatten geendet mit der fast einstimmigen Annahme einer Resolution, mit der Bernstein selbst sich einverstanden erklärt hatte und in der die Entschlossenheit und Einigkeit der Partei sowohl im Punkte der Grundanschauungen wie im Punkte der Taktik ihre Verlautbarung findet. Mit Annahme dieser Resolution ist freilich der geistige Kampf zwischen alten und neuen Anschauungen nicht endgültig entschieden. Dieser Kampf kann nur von Fall zu Fall entschieden werden, aber immer wird seine Entscheidung erfolgen auf der Basis der unzerstörbaren und unverrückbaren Grundanschauung: daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung überwunden und das Recht der Arbeit zum Siege gebracht werden muß.“

Und wenn wir die Theorie noch so unanschaulich konstatieren können — sie ist es nicht, die uns die Massen der theoretisch vollständig ungeschulten Arbeiter zuführt. Die Macht, die das bewirkt, ist die der Thatfachen, die der Arbeiter als Ungerechtigkeiten, als Druß empfindet. Und die höchste Aufgabe des politischen Praktikers, des Agitators, des Tageschriftstellers, wird immer die sein, das Empfindungsvermögen der Unterdrückten und Ausgebeuteten zu wecken und empfänglich zu machen. Ist das erreicht, so wird die theoretische Aufklärung ihr Recht in Anspruch nehmen.

Große praktische Aufgaben, die sich zusammenfassen lassen in die Worte „Kampf gegen die Mächte der Reaktion“, nehmen die Socialdemokratie Deutschlands für die nächste Zeit in Anspruch. Das Zuchtensgesetz, die Vernichtung der letzten Reste der Freiheit und der Rechte des Volkes, droht. Ein theoretisches Gewitter hat uns die Luft gereinigt. Die Partei steht in unauflösbarer Geschlossenheit da. Und energischer als je ertönt ihre Parole: **Vorwärts!**

„Volkswille“ Hannover:  
 „Und das Ergebnis dieser mehr als dreitägigen Redeschlacht, in der die Geister so lebhaft auf einander prallten, so manch ernstes Wort fiel, das in den vermeintlichen Gefahren seine Berechtigung fand? Ist es ein solches, daß die Socialdemokratie mit ihm in jeder Hinsicht zufrieden sein kann? Wir antworten ohne Zaudern mit Ja! Die gehaltenen Reden haben es außer allen Zweifel gestellt, daß innerhalb der Socialdemokratie von einer grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit nicht die Rede sein kann. Es giebt keinen rechten und keinen linken Flügel innerhalb der Partei. Alle Parteigenossen stehen auf dem Boden des Klassenkampfes.“

Wie wenig von einer grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit die Rede sein kann, geht daraus hervor, daß selbst jene, über deren Zugehörigkeit zur Socialdemokratie leise Zweifel laut wurden, für die Resolution Bebel stimmten. Wären wirklich so weit gehende Differenzen vorhanden gewesen, als manche Parteigenossen vor dem Parteitage angenommen, hier hätte es sich zeigen müssen. Die Resolution Bebel war der Prüffstein, und siehe da, fast einstimmig wurde sie angenommen: ein überaus erfreuliches Ergebnis, das alle Genossen um so mehr begrüßen, als die Resolution auch einen nicht unwesentlichen Fortschritt in Bezug auf die Taktik bringt. Gemeint ist damit der dritte Absatz der Resolution.

„Rheinische Zeitung“:  
 „Wer in Hannover gesteht hat? Bebel oder Bernstein, die Radikalen oder die Opportunisten, die Revolutionäre oder die Reformen, die Unentwegenen oder die Kompromißler und wie alle diese schönen Schlagworte heißen, womit der Eifer von Freunden und Feinden die Sache bezeichnet hat. Offen gestanden, wir wissen es nicht und würden es auch nicht wissen, selbst wenn die Debatte sechs mal drei Tage gedauert hätte. Was Bernstein falsches gesagt hat, ist hinlänglich zur Sprache gekommen, seine Freunde haben dasjenige, was zu seinen Gunsten sprach, ebenso hinlänglich hervorgehoben, und zum Schluß wurde eine Resolution fast einstimmig angenommen, mit der selbst Bernstein sich einverstanden erklärte. Und so hätte die mehr als dreitägige Debatte denn gar keinen Erfolg gehabt? O doch! Sie hat gezeigt, daß Fragen, wie sie gegenwärtig die Partei beunruhigen, weder durch hitzige Zeitungsartikel noch durch erregte Versammlungsdiskussionen noch durch Parteitage-Beschlüsse erledigt werden. Sie hat gezeigt, daß solche Fragen ruhig und sachlich unter voller Achtung vor der Meinung des andern erörtert werden sollen; sie hat gezeigt, daß die Duldsamkeit in theoretischen Dingen das erste Erfordernis zu einprüflichen Arbeiten, zu praktischen Erfolgen ist. Sie hat aber auch weiter gezeigt, daß die Partei sich einig ist in der grundsätzlichen Forderung: Socialisierung und Demokratisierung der Gesellschaft, sie hat weiter gezeigt, daß sie nicht nachläßt in dem Bestreben, an allem teilzunehmen, was die Lage der Arbeiter zu heben im Stande ist, sie hat endlich gezeigt, daß die Partei in den praktischen Fragen, deren Lösung die Gegenwart fordert, einmütig und geschlossen dasteht.“

Das „Volkswille für Anhalt“ hebt besonders hervor, daß sich im ganzen doch allseitige Duldsamkeit gegen abweichende Ansichten auf dem Parteitage gezeigt habe und erblickt darin „eine Niederlage derjenigen, welche auch nicht in geringsten etwas von Bernsteins Ideen wissen wollen, welche fürchten, daß durch ihre Annahme die Partei zu Grunde gehe. Denn diese Duldsamkeit wird mir dadurch erklärlich, daß der Parteitag in seiner Mehrheit wenigstens die Möglichkeit offen lassen wollte, daß an der Bernsteinischen Kritik doch das eine oder das andere wahr sein könne, auch wenn es heute noch nicht mit Bestimmtheit zugegeben werden könne.“

Die „Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung“ urteilt:  
 „Die Partei steht auf dem alten Standpunkte, sie hält unverbrüchlich fest an ihren Principien — es ist die alte kämpferische, siegeszuversichtliche Socialdemokratie, die aus den Debatten zu Hannover hervorgegangen ist.“  
 Wohl hat die Bernsteinerei ihre Verteilung gefunden, aber sie vermochte sich nicht zu behaupten. In der unglücklichen, schiefen,



strenge unlogische Beweisführung vernünftigerweise die denkbar möglichste Verteidigung. Dieser gegenüber stand die wacklige, schwächliche Rede Debels und die energische Betonung des Klassenkampfes durch den ganzen Parteitag. Ueber die Verhältnisse sind wir für einige Zeit hinaus, wenn auch derartige Debatten immer wiederkehren werden."

### „Volkstimme“, Frankfurt a. M.:

„Mit der angenommenen Resolution ist für jeden, der nicht feindselig denken und handeln will, klar ausgesprochen, daß man von der seitens Bernstein vorgeschlagenen „neuen Taktik“ und der „demokratischen Reform“ nichts wissen will. Wenn nun einige Genossen trotzdem noch behaupten, daß die Resolution auch im Verein mit dem „einem klaren Satz“, wie dieser schrieb, aufgeführt werden könne, was zum Beispiel Genosse David behauptet, so erwidern wir darin mit ein wenig Genügsamkeit, daß es freilich unbedingt den „Reformen“ das Recht unbestritten bleibt, für ihre Ueberzeugung weiter Propaganda zu machen; aber wenn es sich um irgend welche Aktionen handelt, werden auch diese Genossen sich den Weisheiten fügen. Und wir sind überzeugt, daß sie sogar darin gewissensvoller handeln werden, wie einige Genossen in Sachsen bezüglich der Landtagswahlen."

Die „Bremer Bürgerzeitung“ sagt ihr Urteil in die Worte zusammen: „Wir sind stolz auf diesen Parteitag in Hannover!"

Die „Freie Presse“ für Elberfeld erklärt, daß der Parteitag zu ihrer „vollen Zufriedenheit“ abgelaufen sei. Ihr Artikel schließt: „So steht durch die Verhandlungen von Hannover die Partei neu gekräftigt da — wie ein rocher de bronze, den Gefahren trotzend und die Parteigenossen einladend zu weiteren feuchten, freudigen Schaffen bis zum endgültigen Siege des Proletariats!"

Das „Offenbacher Abendblatt" konstatiert das Vorhandensein zweier geistiger Strömungen in der Partei, die zwar einig sind in dem Ziele, der Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und der Beseitigung der Lohnslaverei, die aber auseinandergehen in der Bewertung der Mittel, dieses Ziel zu erreichen.

„Wir, die wir bisher konsequent den Standpunkt der sogenannten Opportunisten innerhalb der Partei vertreten haben, können mit dem letzten Parteitag zufrieden sein. Die von einigen überreiferen Genossen und Genossen angeregte Ausrüsterei wies der Parteitag weit von sich zurück. Die Freiheit der Kritik und wissenschaftlichen Forschung ist in einer so absoluten Form von dem höchsten Parlament der deutschen Sozialdemokratie anerkannt worden, daß alle diejenigen Elemente in der Partei, welche Kennerungen, die nicht noch der Parteischablone zugeschnitten waren, als nichtswürdigen Wert brandmarkten, in der Zukunft wohl die Lust zu dieser Betätigung verlieren dürften."

Trotz alledem ist die Resolution Debels kein lauter Kompromiß. Sie spricht das aus, was beide Richtungen mit voller Ueberzeugung als richtig anerkennen und wonach sie ohne irgend welche Bedingung handeln können."

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Oktober.

### Spaltung der nationalliberalen Partei?

Es wäre ein eigenartiges Verhängnis, wenn die Regierungsvorlage zum „Schutz der Arbeitswilligen" zunächst derjenigen Partei schwerste Wunden schlagen würde, welche stets die treueste Regierungspartei gewesen ist. Die nationalliberale Partei hat sich in die Lage gefügt, die widersprechendsten Wirtschaftsanschauungen in ihren Reihen zu dulden. Agrarier und Handelsleute sind in ihr wunderbar zusammengeloppelt und nur die Duldung solcher Gegensätze ließ die durch gegnerische Parteien von Wahl zu Wahl immer mehr geschwächte ehemals mächtigste Partei des Reichstags noch ein ziemlich kümmerliches Dasein fristen. Diese bisher mäßigvoll aufrecht erhaltene Einigkeit der nationalliberalen Partei erscheint nunmehr auf das schwerste gefährdet; die Justizvorlage, welche die Sozialdemokratie treffen sollte, treibt den spaltenden Keil in die Gegner der Arbeiterklasse.

Wenn die Mitteilungen der rechts-nationalliberalen „Berliner Börsen-Zeitung" zutreffend sind, so erscheint die Spaltung der nationalliberalen Partei unvermeidlich. Von sozialdemokratischen Spaltungen triumphierte man und der Spaltplatz zerlegt die Triumphtrommel. Das Blatt schreibt:

„Herr Dr. Wassermann schlägt einen Ton an, der bisher von einem nationalliberalen Führer nicht erwartet werden konnte. Wir hören denn auch bereits von zünftigem Seiten, daß die Gesamtaufassung der Prinzipien der nationalliberalen Partei durch Dr. Wassermann lebhaftem Widerspruch in der Partei begegnen wird. Die nationalliberale Partei braucht nicht jetzt erst darauf hingewiesen zu werden, Gerechtigkeit allen Staatsbürgern wie allen Faktoren des öffentlichen Lebens und allen Gewerbeständen gegenüber zu üben, das hat sie seit ihrem Bestehen getan; denn von jeder war sie eine vermittelnde, verbindende Partei. In einem Liebesbündel mit der Sozialdemokratie liegt darum für die nationalliberale Partei am allerwenigsten ein Anlaß vor. Daß Dr. Wassermann unter solchen Umständen nicht länger Führer der nationalliberalen Partei bleiben kann, liegt auf der Hand. Dieser Führer bringt die Partei zu einer schweren Krise, aber jede Läuterung ist von Vorteil und beim Wiederzusammentritt des Reichstages wird sich die „reine Scheidung" zwischen den Anhängern des Dr. Wassermann und denjenigen, welche den bisherigen Grundprinzipien der nationalliberalen Partei treu bleiben wollen, alsbald vollziehen müssen. Herr Dr. Wassermann wird einige wenige mit sich „in die Wildheit" hinüberziehen und später werden seine Wähler das entscheidende Wort sprechen müssen. Wäre die nationalliberale Partei nicht eben ein Bedürfnis, sie würde diese Krise nicht so leicht überstehen, als sie es tatsächlich thut wird. Mit welchem Rechte aber ein Parteiführer eine Stellung einnimmt, die bei der Majorität der Partei Widerspruch findet, ist wohllich unersichtlich."

Das ist die unverblümte Ankündigung, daß die Tage der Führerschaft des Abgeordneten Wassermann gezählt sind. Was es auch zweifelhaft sein, ob es nur „einige wenige" sind, die mit Herrn Wassermann treulich ausgeschieden werden müssen, damit die nationalliberale Reichstagsfraktion wieder die uneingeschränkte Arbeitseigenschaft darstelle, so ist doch die schwere Krise innerhalb der Partei außer Zweifel.

Und von den Schatzkammern her wird mit allen Mitteln die Hege gegen den Mann betrieben, der nicht glaubt, daß der Sozialdemokratie durch die Politik der Gewaltthätigkeiten Abbruch gethan werden könne, der in der Erhaltung des Koalitionsrechts der Arbeiter eine Hoffnung auf ruhigere Entwicklung der deutschen Verhältnisse sieht. Besonders charakteristisch ist die Auslassung der „Berliner Neuen Nachrichten", welche Herrn Wassermann mit der Ungnade des Kaisers zu schreden verurtheilt:

„Es scheint nicht, daß Herr Wassermann sich der Pflichten eines Parteiführers sehr klar bewußt ist und ebenso wenig der politischen Verantwortung, welche die Leitung der nationalliberalen Politik gerade im gegenwärtigen Augenblicke trifft. Wir haben nicht nötig, uns darüber weiter anzulassen. Die preussischen Nationalliberalen wissen, was die sarkastische Ausrufung der Arbeitswilligen-Vorlage für sie bedeutet. Von ihnen vor allem wird man denn auch eine Abmildung erwarten dürfen, ob sie mit der Haltung des Führers Wassermann einverstanden sind, die sich in der Schroffheit der Form doch auch gegen diejenige Stelle richtet, von der in der bekannten Rehnhauser Rede der Kaiser zum Schutze der Arbeitswilligen zuerst ausgegangen ist."

Allerdings, die Situation in Preußen verstärkt bei den preussischen Nationalliberalen das Streben, sich „oben" als zuverlässige Stütze anzubieten. Die Konservativen hat die Kanalfrage in Ungnade gestürzt und die Nationalliberalen sind im Landtag zur Garde-truppe der Regierung avanciert; sollen sie sich durch Opposition im Reichstag das intime Verhältnis mit der Regierung fören?

Wenn aber in denen ein Vorkommen ein wenig vom ostelbischen Nebelgeist freit, so werden sie sich vielleicht auch durch den Hinweis auf die Oeghaufener Rede nicht allzusehr erschrecken lassen. Durch die konservativen Erbpächter der Königskrone die Kanalwünsche ihres Monarchen nicht erfüllen, so können schließlich auch einige säubere Nationalliberale die Ablehnung des Justizhandgesetzes verantworten.

Und daß jedenfalls das Schicksal der bürgerlichen Herrschaft, welche durch das staatsrechtliche Justizhandgesetz angegriffen worden ist, mit nicht geringer Freßhülle erfüllen. Doch unsern Kampf gegen die Beschränkung des Arbeiter-Koalitionsrechts soll diese Freude keineswegs mildern!

Wie überaus dringlich der Kampf gegen das Justizhandgesetz ist, zeigen die außerordentlichen Anstrengungen der Internirtenpresse, die durch tagtäglich wiederholte ihrer schändlichen Verleumdungen der Arbeiterbewegung jenen Gesetzentwurf der Bevölkerung aufzuschwären versucht.

### Die belgischen Kommunalwahlen.

Düsseldorf, 17. Oktober.

Am vergangenen Sonntag haben, wie bereits kurz mitgeteilt, für die Hälfte der Kreise die Kommunalwahlen stattgefunden. Die Endresultate, die soeben bekannt werden, berechtigen uns zu der Behauptung, daß die Sozialdemokratie Fortschritte gemacht hat weit über die künftigen Erwartungen hinaus. Die gegnerische Presse giebt dies auch unumwunden zu.

Wir haben allerdings nicht diejenige Zahl von Kandidaten durchbringen können, die uns eigentlich zuläme. Das reaktionäre Wahlsystem verhindert einen solchen Erfolg. Wir haben ein Plural-Wahl-System, wie bei den Parlamentswahlen, nur noch verästelt. Bei den Wahlen zur Kammer unterscheidet man Wähler mit 1, 2 und 3 Stimmen; bei den Gemeindevahlen tritt zu den 3 Kategorien von Wählern noch eine vierte hinzu, die Großkapitalisten, welche je vier Stimmen in die Waagschale werfen. Dazu kommt, daß das aktive Wahlrecht auf 30 Jahre hinaus gesetzt ist, während das passive schon mit dem 25. Lebensjahre erlaubt wird. Der Wähler muß außerdem drei Jahre am Orte anwesend sein. Die Liste, welche mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen auf sich vereinigt, hat gewonnen. Erreicht keine der Listen die absolute Majorität, dann tritt die proportionale Verteilung ein. Alle diese Bestimmungen, die das Wahlsystem zu einem äußerst komplizierten machen, richten sich natürlich gegen die Arbeiterklasse. Desto höher sind also auch die Erfolge der sozialistischen Partei anzuschlagen.

In Düsseldorf haben wir, namentlich was den Zuwachs der Stimmen anlangt, einen großartigen Fortschritt zu verzeichnen, wir haben um 8000 Stimmen zugenommen. Die Doktrinären (rechtsstehende Liberale) und die Progressisten hatten sich gegen die Sozialisten vereinigt, die Radikalen aber stimmten geschlossen für uns.

In den kleinen Dörfern, wo unsere wenigen Anhänger und Agitatoren noch vor einigen Jahren von den Bauern davongejagt und mißhandelt worden waren, haben wir diesmal bis zu 7/8 der Stimmen erhalten. Ueberall, wo die Demokraten mit den Sozialisten zusammengingen, ist die liberale Partei zurückgedrängt worden, so in Brügge, in Antwerpen, Namur usw.

Dagegen sind in einer Reihe von Orten namentlich der Provinz Hainaut die Liberalen mit den Radikalen zusammengewandert und haben so die Liste der Sozialisten und Radikalen zu Fall gebracht. Der schärfste Wahlkampf ist wohl in Alost geführt worden. Hier stand den Reaktionären, deren Führer der bekannte liberale Kammer-Deputierter Woeste ist, eine Liste der vereinigten Sozialisten, Liberalen und Christlich-Demokraten gegenüber. Auf dieser Liste figurierte als Kandidat auch der Abbé Daens (Christlicher Demokrat). Am Vorabend der Wahl führte der Bischof von Gent, Mgr. Stilleman, noch einen Hauptschlag gegen den rezenten Geistlichen, er unterjogte ihm, noch weiterhin das geistliche Kleid zu tragen. Daens antwortete, daß er die Soutane weiter tragen werde; er habe mit der Annahme der Kandidatur nicht geizt, als sein Bürgerrecht ausgeübt. Die Einwohnerstadt von Alost ist durch den langjährigen Kampf, der von und um den freimüthigen Priester Daens geführt wird, in zwei gegeneinander aufs tiefste erbitterte Hälften geteilt. Die reichen Liberalen, welche Wahlkampfmittel, Kleidungsstücke verteilen und damit einen Teil der Wähler fortrumpfen, haben schließlich mit 200 Stimmen Majorität den Sieg davongetragen.

Im ganzen hat aber — so äußern sich die meisten Blätter — die Wahl gezeigt, daß die liberale Herrschaft den Höhepunkt überschritten hat; darum auch ihr Bestreben, durch ein reaktionäres Wahlsystem die Gewalt noch auf lange hinaus zu sichern. Die Sozialisten aber können den Parlamentswahlen im Mai n. z. frohen Mutes entgegen sehen, die jetzigen Wahlen berechtigen zu den größten Erwartungen.

## Deutsches Reich.

### Die bayerische Justizhand-Interpellation.

Der uns heute vorliegende würtliche Text der Interpellation, welche die sozialdemokratische Fraktion im bayerischen Landtage eingebracht hat, lautet nebst Begründung:

#### Interpellation.

Die Unterzeichneten stellen an die Staatsregierung die Anfrage: Aus welchen Gründen hat die Staatsregierung im Bundesrat dem „Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses" ihre Zustimmung erteilt?

#### Begründung:

Der Herr Minister des Innern hat in der Kammer der Abgeordneten wiederholt in Abrede gestellt, daß die bayerische Regierung eine Beschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter beabsichtigt. Da der dem Reichstage vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zweifellos eine sehr einschneidende Einschränkung des Koalitionsrechts enthält, so steht die Abstimmung der Vertreter Bayerns im Bundesrat im direkten Gegensatz zu der seinerzeit gegenüber der Kammer der Abgeordneten abgegebenen Erklärung der Staatsregierung.

Folgen die Namen der Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion.

#### In Wassermanns Rede

wird uns aus Baden geschrieben:

Gegenüber der erneuten Abfrage, welche der Abg. Wassermann gegen die Justizhandvorlage gerichtet hat, darf nicht außer acht gelassen werden, daß weite Kreise seiner engeren Parteifreunde auch in Baden zur Justizhandvorlage eine Stellung einnehmen, die derjenigen Wassermanns diametral entgegengesetzt ist. Speziell die „Badische Landeszeitung", das Hauptorgan des badischen Nationalliberalismus, die jetzt, wo wir vor den Landtagswahlen stehen, bei denen es der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen gilt, den mitgeteilten Hauptinhalt der Hochheimer Rede Wassermanns ohne jeden Kommentar wiedergibt, hat von vornherein zu den wärmsten Befürwortern des „Schutzes der Arbeitswilligen" gehört und sich dabei in Schmäherungen der aufgellärten Arbeiterklasse kaum genug thun können. Auch in der „Straßburger Post", die in der nationalliberalen Partei Badens einen weitreichenden Einfluß besitzt, hat die Justizhandvorlage von jeher eine eifrige Verteidigerin ge-

funden. Man wird deshalb den Einfluß Wassermanns im Sinne seiner obigen Rede nicht sonderlich hoch anschlagen dürfen, und die Verteilung der badischen Sozialdemokratie thut gut daran, wenn sie — wie es eben geschieht — für den bevorstehenden Winter eine neue, energische Protestbewegung gegen das volksfeindliche Gesetzemonstrum in die Wege leitet.

### Gegen das Justizhandgesetz.

Mit dem „Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen" beschäftigt sich am Sonntag das aus sechs Arbeitgebern und sechs Arbeitnehmern bestehende Gewerbegericht Frankfurt a. M. in der Pfalz. Nach einer von einem Arbeiterbeisitzer an dem Gesetzentwurf geäußerten Kritik gelangte folgende Resolution bei einer Stimmenthaltung mit allen Stimmen zur Annahme:

„Das Gewerbegericht erblickt in dem Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen das Bestreben, das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht der Arbeiter illusorisch zu machen und so den gewerblichen Frieden grundlos zu fällen. Das Gewerbegericht kann daher, indem es von der Ansicht ausgeht, daß dadurch den Gewerbegerichten in der Erfüllung ihrer Aufgabe, aus dem Arbeitsverhältnis entstehende gewerbliche Streitigkeiten zu schlichten und möglichst zu verhüten, entgegengebracht wird, diesem Gesetzentwurf kein Vertrauen entgegenbringen und schließt sich deshalb dem Protest der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Beisitzer des Gewerbegerichts zu Berlin vom 17. Juni 1899 gegen den Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen einstimmig an."

Der Vorsitzende wurde beauftragt, die Resolution dem Berliner Gewerbegericht zu übersenden. Bemerkenswert an der Beschlußfassung ist noch, daß die daran beteiligt gewesenen Arbeitgeber mit einer einzigen Ausnahme sämtlich der nationalliberalen Partei angehören.

Der Kaiser geht nach England. Es wird offiziell mitgeteilt, der Kaiser gedente am 18. November von Kiel aus die Reise nach England anzutreten.

Der Transvaalboeren wird diese Volkstift höchst überrascht kommen.

Als würdiger Nachfolger Boffes entpuppt sich sofort Herr Stult — wenn etwa nicht Herr Voße noch dafür verantwortlich sein sollte — in einem Erlaß über die Einrichtung von Volksbibliotheken und Volksleshallen, in denen nur die Literatur für gutgefundene Kinder, aber keine aus dem Kampfe der Zeit erzeugten Werke Platz finden sollen. In den Volksleshallen sollen politische Zeitungen überhaupt nicht ausgelegt werden.

Diese wahrhaft liberale Beschränkung der Volksbildung ist natürlich nur für die staatlich subventionierten Anstalten möglich. Inzwischen erachtet sich das Proletariat selbst Bibliotheken und Leshallen, in denen es ohne jene Bevormundung der freiesten Bildung würdige Stätten schafft.

Der Kanal. Der jetzige Oberpräsident von Westfalen, Herr v. d. Rode hat in Münster bei einem Festmahle auf dem Mittelkanal getoastet:

„Jeder möge es sich zur Devise machen: Die Fortführung und Ergänzung des Kanals muß und wird gebaut werden! Diese Hoffnung und Ueberzeugung dürfen wir uns so zuversichtlich hegen, als alle wissen, daß man dabei einen mächtigen Protektor habe."

Diese Devise den ohnehin kampfkräftigen Westfalen ans Herz zu legen, scheint und einermachen überflüssig. Solche Tischreden wären in Ostbrien eher angebracht.

Schuldhaft-Wucher. Der Rheinisch-Westfälischen Zeitung" zufolge hat das Sablenhildat den Verkaufspreis für Coals-Kohlen für das Jahr 1900 auf 10,50 M. (gegen 8,50 M. im laufenden Jahr) festgelegt.

In den ostpreussischen Landtag sind außer unserem Genossen Aug. nach einer Zusammenstellung der „Voss. Zig.", 14 Freisinnige, 7 Nationalliberale, 7 Centrumsmänner und 1 Agrarier gewählt. Von 7 Abgeordneten ist die Parteistellung noch unbekannt.

Der Mißerfolg der Agrarier ist nun so auffälliger, als Ueberburg eine überwiegend landwirtschaftliche Bevölkerung hat.

München, 17. Oktober. (Sig. Ver.) Der Gesetzentwurf über die Fortführung der Grundentlastung bietet den Agrariern von rechts und links hinreichende Gelegenheit, ihre Begehrtheit und Unersättlichkeit vor aller Welt zu demonstrieren. Die Regierungsvorlage will den in der vorigen Session gegründeten Amortisationsfonds zur Tilgung der Bodenzins um weitere 9 Millionen vergrößern. Der Finanzanschuß erhöht diesen Betrag auf 12 Millionen. Sowohl die Redner des Centrums wie die der Liberalen und selbstverständlich auch der Redner der blinderlichen Vereinigung vertreten heute übereinstimmend die Anschauung, daß man möglichst tief in die Staatskasse greifen müsse, so lange dort Geld vorhanden ist, um ja nicht zu kurz zu kommen.

Viele immerhin etwas mehrwertige Auffassung wurde durch unseren Genossen v. Sollmar einer sehr gutzufindenden Kritik unterzogen. Angesichts dessen, so führte er u. a. aus, daß selbst Centrumsabgeordnete in Ansdhufe zum Wahhalten rieten, sollte man doch etwas anderes thun, als den Minister so lange pressen, bis er Millionen häuft. Man sollte sich doch endlich bestimmen und nicht zum Anfertigen geben. Die Ueberlässe rühren aus Staatsbetrieben und zum großen Teil aus indirekten Steuern her. Durch derartige Bewilligungen werden also andere Bevölkerungsklassen geschädigt. Insbesondere wird durch jede Million, die über den Vorschlag der Regierung hinaus für diesen Zweck verwendet wird, die Verdrängung einer ganzen Reihe der dringlichsten Bedürfnisse anderer Bevölkerungskreise unmöglich gemacht. Dadurch wird notwendigerweise die Hilfe für die Ueberlebenden beeinträchtigt. Daß die für diesen Zweck vorgesehenen fünf Millionen auch nur annähernd ausreichen werden, dafür besteht gar keine Gewißheit. Wir werden hier so weit wie möglich gehen, aber wenn Sie jetzt schon alle Mittel wegnehmen, wird ein Einfrieren folgen müssen. Eine ganz bedeutende Summe wird der Staat selbst für Verluste und Wasserbauten brauchen. Wir wären heute wie früher zur sofortigen Aufhebung der Bodenzins bereit, soweit es sich dabei um wirklich Bedürftige, d. h. um die Masse der Kleinbauern handelt. Um aber 300 000 Kleinbauern zu bestreiten, haben Sie 12 Millionen für die reichsten Leute im Lande bewilligt. Unter diesen Umständen sind wir außer Stande, mitzutun, und wir werden gegen die 9 Millionen stimmen und gegen die 12 Millionen erst recht. Nur der Centrumsabgeordnete Dr. Daller sprach sich noch gegen den Beschluß des Finanzanschußes und für die Annahme der Regierungsvorlage aus.

In neunten badischen Reichstagswahlkreise, der bisher vom Genossen Käfer vertreten wurde, dürften sich nach einer Meldung des „Bad. Landesboten" aller Voraussicht nach wiederum mindestens vier Kandidaten gegenübersetzen, da diesmal außer dem Centrum und den Nationalliberalen auch die Freisinnigen einen Kandidaten aufstellen wollen. Bei der Wahl 1896 wurden für Käfer in der Hauptwahl 10 350 Stimmen, für Frank (nat.) 7272, für Giesler (C.) 4254 und für Stodhorner (L.) 1000 Stimmen abgegeben. Der Nationalliberale erhielt damit in der Stichwahl 10 530 Stimmen, während Käfer mit 12 972 Stimmen gewählt wurde. Stichwahl ist auch diesmal wieder zu erwarten. Ueber die Personen der Kandidaten verlaute noch nichts.

Reichstädtische „Rechtsgaranten". Aus Straßburg i. E. wird mitgeteilt: Wieder erfolgte die Verewigerung der polizeilichen Verjämung-Genehmigung fast regelmäßig ohne jede Angabe von Gründen. Daß ein derartiges Verjahren bei der Arbeiterklasse immer wieder von neuem böses Blut machen und dadurch in vielen Fällen in viel höherem Maße auf-



reizend wirken mußte als die kräftigste Versammlungsbreda, konnte auch behördlicherseits nicht mißachtet bleiben. Man hielt es deshalb in letzter Zeit für rätlich, den politischen Bescheiden die Gründe anzufügen, die zur Verweigerung der gesetzlich vorgeschriebenen Versammlungsbreda geführt hätten. Was dabei zu Tage gefördert wurde, ist allerdings wenig geeignet, die Maßnahmen der Behörden in einem günstigeren Lichte erscheinen zu lassen. Im Laufe der letzten Woche sollten in Straßburg zwei öffentliche Versammlungen gewerkschaftlichen Charakters stattfinden. Da die Tagesordnung in beiden Fällen eine durchaus unpolitische war, so entfiel für die Behörde aus jedem Grunde zur Verweigerung der Genehmigung. Aber was geschah? Im ersten Falle, wo ein Herr Silbermann aus Berlin über „Gewerkschaftliche Organisation und Unternehmer-Verhältnisse“ sprechen sollte, verbot man die Versammlung, weil — wie die Polizeibehörde erklärte — „nicht genügend Zeit vorhanden war, um über die Verordnungen des Referenten rechtzeitig die erforderlichen Erklärungen einzubringen zu können“. Im zweiten Falle wurde die Erlaubnis zur Abhaltung der Versammlung zwar erteilt, aber dem erschienenen Referenten, Schulzfabrikanten Höltermann aus Birmensdorf, unterlag, in derselben als Referent anzutreten. Daß dieser Versuch der elsäß-lothringischen Polizeibehörde, eine Art Generalamnestie gegen einzelne ihr unbecommene Agitatoren von auswärts zu verhängen, der gesetzlichen Grundlage entbehrt, liegt auf der Hand. Die Polizeibehörde hat das Recht, unsere Versammlungen zu untersuchen zu lassen und sie anzulösen, sobald in denselben Dinge vorkommen, die einen Verstoß gegen die Gesetzgebung involvieren. Daß man aber die Erlaubnis zum Auftreten eines Redners von dem Resultat der behördlicherseits über ihn eingeholten Auskünfte abhängig macht, das ist selbst für uns Elsäß-Lothringer ein etwas zu hartes Stück.

### Der Dank der Nation.

Die „Kreuz-Zeitung“ leitete gestern Abend über die Parteiverhältnisse in Sachsen. Sachsen ist das politische Eldorado des Junkerthums und im Lobpreis auf die sächsischen Zustände entrollt ihm alle Herzenswünsche, die es für das Reich hegt. Nach Mitteilung des Resultats der letzten Landtagswahlen, welche der konservativen Partei die große Mehrheit in der zweiten Kammer brachten, sagt die „Kreuz-Zeitung“:

„Dieses Ergebnis, wie es mit als Frucht der jüngsten Abänderung des Landtags-Wahlrechts erscheint, ist aber um so glänzender zu nennen, je größer die Schwierigkeiten sind, die in einem Lande mit überwiegend gewerblicher und handelsübender Bevölkerung zu überwinden waren, in einem Lande zudem, das die deutsche Socialdemokratie, auf eben diese Verhältnisse gestützt, mit Recht als ihr eigentliches Geburts- und Wirkungsort betrachtet, als den Boden, wo ihre Organisation seit drei Jahrzehnten am sichersten wurzelt, und ihre Agitation seit gehabt hat, sich bis ins einzelne hinein zu entwickeln. Daß es gleichwohl gelungen ist, dieser Agitation, so weit wenigstens, als es sich um die innere Landespolitik handelt, einen Riegel vorzuziehen, und den Fortschritten ihres Einflusses Halt zu gebieten — das ist ein schätzenswerter Beweis dafür, daß nicht die im Reich sind, die des Glaubens leben, die Massen aus der Socialdemokratie „heraus schneideln“ zu können, sondern die, welche den Mut haben, ihr fest entgegen zu treten; und es muß ausgesprochen werden, daß die zielbewußt vorgehende sächsische Regierung und die ihr einmütig folgenden bürgerlichen Parteien, vor allem die Konservativen, sich berechtigten Anspruch auf den Dank der Nation erworben haben.“

Daß nur die „Kreuz-Zeitung“ den „Dank der Nation“ nicht zu früh abstattet! Die Vernichtung des Landtags-Wahlrechts in Sachsen hat äußerlich allerdings die Socialdemokratie zurückgedrängt. Aber die Fernhaltung socialdemokratischer Abgeordneter vom Parlament — bedeutet das: die Socialdemokratie schwächen, ihrer Agitation einen Riegel vorzulegen? Im Gegentheil, gerade die Vernichtung des gleichen Wahlrechts hat die sächsische Bevölkerung tief erlittet und der Socialdemokratie Scharen von neuen Anhängern zugeführt, wie die letzte Reichstagswahl bewies. Und wollte man nach den Vorschlägen der „Kreuz-Zg.“ das Reichstagswahlrecht antasten — würde das die Socialdemokratie antreiben? Die „Nation“ der „Kreuz-Zeitung“ würde sicherlich nicht Zeit finden, ihren Dank abzustatten untermittel der politischen Wirrnisse, die damit über das Reich hereinbrechen müßten.

Und glaubt denn die „Kreuz-Zeitung“ ernstlich, das sächsische Beispiel könne irgend eine andere bürgerliche Partei außer der ihrigen verlocken? Glaubte sie, es gefalle den preussischen National-Liberalen, so in die Erde gestellt zu werden, wie es deren sächsischen Parteifreunden erging? Glaubte sie, Centrum oder Liberalismus würden ein Parlament, in dem die Junkerschaft eine alles erdrückende Majorität hat? Nur indem die „Kreuz-Zeitung“ ihre reaktionären Illusionen in die „Nation“ umfächelt, konnte sie der sächsischen Regierung den „Dank der Nation“ ansprechen.

### Zum Magdeburger Majestätsbeleidigungs-Prozess

ist, wie uns aus Magdeburg, in Ergänzung unserer gestrigen Notiz, mitgeteilt wird, zu berichten, daß Genosse Albert Schmidt in der zu Schönebeck am Sonntag abgehaltenen Versammlung die Erklärung abgegeben hat, er würde die Revision sofort zurückziehen, sobald er die feste Zuversicht hegen könne, daß er dadurch Müller in dem alsdann einzuleitenden Wiederaufnahmeverfahren befreien könne. In derselben Versammlung, in der die Vertrauensmänner des ganzen Wahlkreises anwesend waren und deren Besucherzahl auf mindestens 2000 geschätzt werden muß, erfolgte, wie schon erwähnt, einstimmig die Wiederaufstellung Schmidts. Unter den versammelten Parteigenossen des Kreises herrschte große Begeisterung. Die Nationalliberalen haben ihren 1808 unterlegenen Kandidaten Major a. D. Wladimir wieder nominiert und in den kleinen Wählern des Wahlkreises, unterführt von dem Gesandten Schmidt, den Kampf mit allen Mitteln der Verdrehung und Verunglimpfung begonnen.

Vor uns liegt eine Nummer des „Schönebecker Tageblattes“, eines Blattes, das den Inhalt seiner beiden inneren Seiten aus einer unparteiischen Berliner Fabrik bezieht. Auf der ersten Seite wird um so partieller und heftiger vom Leber gezogen. Da heißt es: „Mehr als früher ist der Jörn in uns wach geworden, seitdem das theoretische Sprachgitter des socialdemokratischen Programms gegen die Monarchie sich in rohe Verunglimpfung eines herzenswarmen und hilflosen, arbeiterfreundlichen Königs durch Herrn Albert Schmidt umgewandelt hat. Viel leicht stimmen auch diesmal wieder Tausende von alten Soldaten für den Mann, der ihren König und Kriegsherrn herabwürdiget und ihn fortjagen möchte, vielleicht auch nicht, aber die „Nationalliberalen“ des Wahlkreises Talschwerleben werden nicht die Feigheit haben, dem Majestätsbeleidiger zu Liebe den Kampf gegen ihn fallen zu lassen, sondern denselben nun erst recht mit aller Kraft aufnehmen und durchzuführen.“

Die Kraft fließt nicht aus lauter Quellen, denn im Anfang des Artikels wird dem „Berliner Tageblatt“ nachgesagt, daß der „Vorwärts“ den „Artikel“, auf Grund dessen Müller und Schmidt beurteilt worden sind, als „roß“ bezeichnet habe. Den Lesern des „Vorwärts“ wird davon nichts bekannt sein. Mit welcher Wahlpavore die Nationalliberalen den Wahlkampf durchzuführen gedenken, zeigt der Inhalt des Artikels, der in die verächtlichen Worte ausläßt: „Nähe Feindschaft zwischen uns und jenen (den Socialdemokraten), kein Aushandeln mit den Feinden unseres Vaterlandes! Die Königsmachung, die Königserhebung!“ Wohl oder übel werden die Nationalliberalen ihr Programm noch etwas vervollständigen müssen, wollen sie nicht gar zu schlecht abschneiden. Da ihr Kandidat Wladimir ein unentwegter Schatzwähler ist, so könnte der Kampf für die Juchhausbreda dem Eintreten für den Majestätsbeleidigungs-Paragrafen an die Seite gestellt werden. Es sind das zwei Juchmittel, die in den gegenwärtigen Zeiten ihre

Wirkung nicht verfehlen würden. Ob sie allerdings den National-Liberalen behagen würden, ist eine andere Frage.

### Die Magdeburgerische Justiz vor dem Reichsgericht.

Wegen Verleumdung des Landgerichtsdirektors Fromme in Magdeburg ist am 30. Mai vom Landgericht Potsdam der Redacteur der „Brandenburger Zeitung“, Parteigenosse Theodor Guth in Brandenburg, zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Er hatte in seinem Blatte den Majestätsbeleidigungs-Prozess gegen den Redacteur Müller in Magdeburg besprochen und dabei geäußert, daß Urteil sei noch härter ausgefallen, als es zuerst schien. Der Landgerichtsdirektor F., unter dessen Vorsitz das Urteil gefällt ist, hätte sich, so hieß es weiter, sagen müssen, daß er kein unbefangener Richter sei. Von Weibel sei er gründlich abgeföhrt worden, er sollte deshalb so vorsichtig sein, in Prozessen gegen Socialdemokraten nicht mehr den Vorsitz zu führen. Weiter bezeichnete Guth es als gefährlich, daß F. über Weibel gesagt hat, er möge sich um seine Villa am Fritzier See kümmern. Das Landgericht Potsdam hat angenommen, daß Guth dem Landgerichtsdirektor den Vorwurf der bewußten Pflichtwidrigkeit gemacht hat, der den Vorsitz nicht abgelehnt habe, trotz seines Hasses gegen die Socialdemokraten. Den Schuß des § 193 hat das Gericht dem Angeklagten, da er auch Redacteur sei, zwar im allgemeinen zugestimmt, aber er hat die beleidigende Absicht aus der Form der Äußerung hergeleitet. Die Revision des Angeklagten wurde in der Verhandlung am Dienstag vor dem Reichsgericht in Leipzig vom Reichsanwalt für begründet erklärt. Das Urteil sage, es sei berechtigt gewesen, an dem Magdeburger Urteil Kritik zu üben und billige ihm deshalb den Schuß des § 193 zu. H. habe nun aber gar nicht jenes Urteil kritisiert, sondern die „Pflichtwidrigkeit“ des Landgerichtsdirektors F., dem er Gehässigkeit vorgeworfen. Wenn der Angeklagte einen solchen Vorwurf habe erheben dürfen, so habe er ihn auch in Worte kleiden dürfen. Das Untergericht habe aber nicht gesagt, welche anderen Worte der Angeklagte hätte anwenden sollen, um sich nicht strafbar zu machen. Offenbar sei hier eine Verwechslung von Form und Inhalt untergelaufen. — Das Reichsgericht schloß sich diesen Ausführungen an, hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

### Ausland.

#### Eröffnung des österreichischen Reichsrats.

Wien, 18. Oktober. Vor überfülltem Saale erklärt der Vorsitzende des Ministerrats die Session für eröffnet und fordert den Abg. Dr. Jurkan auf, das Alterspräsidentium zu übernehmen. Jurkan übernimmt das Alterspräsidentium mit einer Ansprache, in welcher er zur Einigkeit auffordert und schließlich mit einem Hoch auf den Kaiser. Sodann schreitet Jurkan zur Präsidentenwahl. Hierbei erklärt Abg. Schönerer, er enthalte sich der Wahl, da der frühere Präsident Dr. v. Fuchs an Verfassungsbruch beteiligt gewesen und deshalb der Präsidentenwürde unwürdig sei. Es folgt der Namensaufruf zur Wahl des Präsidenten. Zum Präsidenten wurde mit 204 Stimmen der Abg. v. Fuchs gewählt.

Nach der Antrittsrede des neuen Präsidenten gab der Vorsitzende des Ministerrats Graf Clary folgende Erklärung ab: Die Regierung ist sich der Schwierigkeit ihrer Aufgabe und ihrer Verantwortung bewußt. Der Ernst der durch die politischen Kämpfe der letzten Jahre herbeigeführten Lage läßt die Regierung erwarten, daß die auf Wiederherstellung normaler parlamentarischer Zustände abzuleitenden Bemühungen der Regierung nach der Lauterkeit ihrer Absichten gerecht gewürdigt und ohne Vorbehalten von Hause unterstützt werden. Die Regierung ist vollkommen neutral und zusammengekehrt aus Männern, die im Dienste des Kaisers für des Staatswohl ihre beschreibende Kraft einsetzen wollen, wobei sie pflichtgemäß die geltende Verfassung hochhalten und ihr gewandtest nachkommen werden. Im Interesse aller Völker und Bevölkerungsteile bittet die Regierung die Parteiverbände des Hauses, dazu beizutragen, daß die parlamentarischen Beratungen keine Störungen erleiden, damit eine Ausgleitung der Gegensätze verdrückt werde, die allein den nationalen Frieden bringen und erfolgreiche Arbeit sichern kann. Die Regierung ist völlig für die Freigabe und Reduktion der Ankerstrafsetzung der Sprachen-Verordnungen in Böhmen und Mähren, welcher die Erzeugung zu Grunde lag, daß der Bestand der Verordnungen jeder fruchtbarsten Tätigkeit hindernd entgegenstand. Es kann nicht die Absicht der Regierung sein, den mit der Aufhebung der Sprachenverordnungen eintretenden Zustand als bleibenden zu erhalten. Die Regierung hat die gezielte Regelung dieser Verhältnisse ernstlich in Angriff genommen, wird den Beschluß der Reichsvertretung einholen und hegt den innigsten Wunsch, dadurch die Gewässer dauerhafter Ordnung zu schaffen. Hierbei wird die Regierung von der jeder österreichischen Regierung vorgezeichneten Linie des Verhaltens nicht abweichen und unter Wahrung der gesetzlichen anerkannten Gleichberechtigung der landesüblichen Sprachen im Amte und im öffentlichen Leben ihr besonderes Augenmerk auf das praktische Bedürfnis sowie auf die Erfordernisse einer geordneten und einheitlichen Verwaltung richten, alles vermeidend, was die Annäherung der gegenseitigen Anschauungen hindert, und alles unterstützend, was die Verständigung fördern kann. Graf Clary besprach weiter den Ausgleich mit Ungarn, kündigte den Ausbau der öffentlichen Wohlfahrtsanstalten, die Pflege der städtisch-religiösen Gesinnung durch die Schule und eine Hochwasserfahrts-Gesellschaft an. Er schloß mit den Worten: Die Regierung hält fest an der Hoffnung auf die Unterstützung aller, welche, beiseit von patriotischem Empfinden, den inneren Frieden und die glückliche Zukunft des teuren Vaterlandes erstreben.

Seitens der Jungeschen wurde die Abgabe der Regierungserklärung aufs heftigste mitgetroffen. Am Schluß ertönten die Rufe „Fui“ und „Schande“.

Abg. Dr. Engel beantragt, indem er gleichzeitig namens der Jungeschen gegen die Aufhebung der Sprachen-Verordnungen protestiert, die Eröffnung der Debatte über die Regierungserklärung. Der Antrag wird angenommen.

Nächste Sitzung Freitag.

Unter den im Abgeordnetenhause eingegangenen Anträgen befinden sich solche der Abg. Kaiser und Genossen und Punkte und Genossen auf Verlegung des Ministerrats Thun in den Anklagezustand wegen Mißbrauch des § 14; ferner ein Antrag der gesamten deutschen Wiken auf Wahl eines Ausschusses zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs, durch welchen der § 14 durch eine andere, auf wirkliche Notfälle beschränkte Bestimmung ersetzt werden soll; endlich ein Antrag der Socialdemokraten auf Aufhebung des § 14 und eine Interpellation v. Rapoport, betreffend die Blutbeschuldigung der Juden im Polnaer Prozess.

Unter den heute dem Abgeordnetenhause unterbreiteten Regierungsvorlagen befindet sich eine solche betreffend die Aufhebung des Zeitungstempels und des Kalenderstempels.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. Oktober. Von 19 durch die Eröffnung des Parlaments veranlaßten, in verschiedenen Bezirken abgehaltenen socialdemokratischen Versammlungen, welche zahlreich besucht waren, wurden fünf teils wegen heftiger Angriffe auf das zurückgetretene Ministerium, teils wegen scharfer Anfälle in den zur Abstimmung gebrachten Resolutionen angefaßt.

### Schweiz.

Büsch, 17. Oktober. (Eig. Bericht.) Zu den bevorstehenden Nationalratswahlen hat nun auch das in Luzern domicillierte

Centralkomitee des schweizerischen Socialliberals einen Aufruf an die Vereins- und Parteigenossen erlassen, in dem „das ungerechte und brutale Majoritätsystem, unter dem speziell unsere Partei in ihrem guten Rechte bedeutend verletzert wird“, besondere Betonung erfährt und sodann auf die Wichtigkeit der Wahlen für die Interessen der Arbeiterschaft und die Sache des Fortschritts hingewiesen wird. Dreierlei Fragen sind es hauptsächlich, mit denen die Bundesversammlung in der nächsten Legislaturperiode sich zu befassen haben dürfte: 1. Die von unserer Seite ausgegangene Doppelinitiative, d. h. die Initiativeverträge für proportionale Wahl des Nationalrats, welche das Parlament besser in Uebereinstimmung mit dem Volke setzen und der Arbeiterschaft aus eigener Kraft eine stärkere Vertretung bringen würde, und die Wahl des Bundesrats durch das Volk, das auf diesem Wege einen größeren Einfluß auf die Bundesverwaltung bekäme. 2. Die Revision des Fabrikgesetzes und die Ausarbeitung eines einheitlichen schweizerischen Rechts, wobei in den eidgenössischen Mäthen höchst wichtige Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen sind. 3. Die Erneuerung der Handelsverträge, wobei es namentlich gilt, gegenüber den Sonderbestrebungen kleiner, aber mächtiger Interessengruppen die Interessen der Konsumenten, welche diejenigen des ganzen Volkes und besonders diejenigen der Arbeiterschaft sind, hochzuhalten. Zum Schluß führt der Aufruf aus, daß überall da, wo nicht eigene oder nahelebende Vertreter gewählt werden können, unsere Genossen andern Kandidaten nur dann ihre Stimme geben sollen, wenn deren bisherige Wirksamkeit einige Gewähr dafür bietet, daß sie in obigen drei Punkten eine der Arbeiterschaft günstige Stellung einnehmen.

Zu socialdemokratischen Kandidaten sind bisher folgende aufgestellt worden: in Zürich: Lang, Greulich, Fährbich, Seidel, Vogellanger und Professor Dr. Grismann; II. Kreis (Zürchersee etc.): Lang; Solothurn: Fährholz; Bern: Moor, Armenstättener Scherz, Dr. Wastli, Dr. Brühlmann und Fährbich; Basel: Wastli; Basel: Wastli; Basel: Wastli. Das sind 8 Kreise und 17 socialdemokratische Kandidaten, wozu sich voraussichtlich eine weitere Anzahl von Kreisen und Kandidaturen gesellen wird. Den Eisenbahnerführer Dr. Sourdeau haben die Socialdemokraten in Bern mit Recht fallen lassen, dagegen haben ihn die „Freisinnigen“ neuerdings aufgestellt. Ob er aber auch wieder gewählt wird, ist eine andere Frage.

### Frankreich.

Paris, 18. Oktober. Nach einer dem Kolonialminister zugegangenen Depesche sind die Hauptleute Doulet und Chanoiné von ihren eigenen Leuten erschossen worden. — Präsident Loubet hat heute früh den Erlass unterzeichnet, durch den Arton begnadigt wird.

Staatsgerichtshof. Börsenrichter verurteilt heute vormittag Jules Guérin, der es unter Hinweis auf seinen schlechten Gesundheitszustand ablehnte, zu antworten, und sich darauf beschränkte, gegen die Art und Weise Einspruch zu erheben, wie das ihn betreffende Aktenstück, das nur falsche Polizeiberichte enthalte, zusammengestellt worden sei. Börsenrichter wird morgen oder spätestens übermorgen dem Generalstaatsanwalt seine Entschuldigungen zuwenden.

### Amerika.

New York, 18. Oktober. („Frankf. Btg.“) Die Gegner des Imperialismus (Meeress- und Kolonialpolitik) halten einen Kongress in Chicago ab und entwerfen eine Denkschrift an den Kongress. Karl Schurz und Senator Watson werden sprechen.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

Der Streik der Steinarbeiter ist beendet. In einer Versammlung, die am Mittwochmorgen im „Englischen Garten“ stattfand, wurde berichtet: In Dresden und Pirna ist am Montag die endgültige Einigung vollzogen worden. In einer gemeinschaftlichen Sitzung von Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter, die am Dienstagabend in Berlin abgehalten wurde, ist auch der Ausnahmestreitgebiet von Wunzlau unter folgenden Bedingungen beigelegt worden:

Vom 1. März 1900 ab erhalten die Steinmänner auf den bisherigen Tarif einen Zuschlag von 10 Prozent, in Tagelohn 60 Pf. pro Stunde. Die Steinbrecher erhalten in Accord pro Kubikmeter einen Zuschlag von 50 Pf., in Lohn eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde. Die bei Ausbruch des Streiks liegen gebliebenen Arbeiten sollen in lokalster Weise berechnet werden.

Es ist demnach in allen Streikorten eine Einigung erzielt und wird daher in Berlin am Donnerstag (heute) die Arbeit wieder aufgenommen. Da nicht alle Ausständigen sogleich eingestellt werden können, so sollen — nach den getroffenen Abmachungen — zuerst die Verheirateten, dann die älteren Ledigen und zuletzt (jedemfalls nach einigen Tagen) die jüngeren Arbeiter beschäftigt werden. Da also ein Teil der früher Streikenden noch zu unterstützen ist, so beschloß die Versammlung, daß diejenigen, welche bereits in Arbeit stehen, für die nächste Woche 10 Proz. arbeiten, 5 Proz. ihres Verdienstes an den Unterstützungsfonds abzugeben haben.

Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen des Inhalts: Die Steinarbeiter Berlins erklären, daß sie mit vollem Ernst und aus eigenem Antriebe seiner Zeit in den Lohnkampf eingetreten sind. Die Anwesenden verpflichten sich, den bestehenden moralischen Zusammenhalt dadurch zu befestigen, daß sie Mann für Mann der Organisation beitreten, um auch in Zukunft zum Kampf für die Verbesserung ihrer Lage gerüstet zu sein.

Für die Holzbildhauer bleiben nach wie vor noch folgende Verhältnisse geltend: Vary, Friedrichsbergstr. 10; Peiß, Wemelerstraße 31; Brunglow, Rens Alstraße 15; Grig, Kollisadenstr. 57; Kramer, Kopperstr. 60; Gröber, Rottbafer Damm 95; Reumann, Planenfeldstr. 22; Dorkewitz, Hochstr. 2; Höbue und Kramer, Krautstr. 52.

Ferner werden die Kollegen an den Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 26. v. M., wöchentl. 50 Pf. zu steuern, erinnert und zu regerer Beteiligung als bisher aufgefordert.

Sammelstellen sind im Bureau der Kommission (Restaurant Spielberg, Köpnickstr. 62, Telephon VII, 8932) abzulegen und abzuzuführen. Die Lohnkommission.

Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins! Von unseren Streikschulden vom Jahre 1898 sind bis jetzt 2700 M. abbezahlt. Die Beträge laufen, soweit es sich um Verfallten handelt, in denen organisierte Kollegen arbeiten, regelmäßig ein. Auf das lose Gerede, daß hier Verbandsmitglieder, dort Fachvereinsmitglieder bei der Abtragung nicht ihre Pflicht erfüllen, teilen wir mit, daß von beiden Richtungen zur Dedung fast gleichmäßig beigetragen wird. Die Vertrauensmänner resp. Delegierten bitten wir, im November sämtliche Karten ihrer Werkstatt zur abermaligen Abstempelung einzuziehen. Karten und Marken sind jeden Sonntag von 8—10 Uhr in den Lokalen von Grundmann, Rammstr. 78 (Nahstelle des Fachvereins) und von Wottin, Rammstr. 86 (Nahstelle des Holzarbeiter-Verbandes) zu haben. Kollegen, sorgt für weiteres Abtragen der Schuld. Die Kommission.

J. A. Friy Parkmann, Gornamstr. 1.

Spanien. Die hiesigen organisierten Gewerkschaften errichteten am 12. d. M. eine Bildungsschule, woran nur Mitglieder organisierter Gewerkschaften teilnehmen können. Hierzu hatte Genosse G. Müller-Etker einen Vortrag gehalten. Diefem Kursus traten sofort



38 Personen bei; einige Gewerkschaften schickten noch — Meldungen sind zu richten an die Unterzeichneten. Der Kursus beginnt am 26. d. M., abends 8 Uhr im „Kaiserhof“, kleiner Saal, Grünstr. 35. Als Lehrer ist Genosse C. Müller-Ehrler berufen worden. A. D. B. E. Schulz, Glasarbeiter. Gustav Eckert, Maurer, Schloßstr. 10.

### Deutsches Reich.

Eine „internationale Berufsstatistik“ ist vom internationalen Sekretariat der Lederarbeiter ausgenommen und in einem 132 Seiten zählenden Buch veröffentlicht worden. Die Schrift wird eröffnet mit einem Kapitel über die Entwicklung der Lederindustrie und verweist auf die Statistik nach der Berufsbezeichnung von 1895. Besonders berücksichtigt ist dabei die Ausdehnung der Hausindustrie, die Frauenarbeit, die Arbeitslosigkeit usw. Hieran schließen sich die Ergebnisse der Statistik für jeden einzelnen Ort, an dem die Lederbearbeitungs-Berufe in einem halbwegs nennenswerten Umfange vertreten sind. Sodann werden die Einzelergebnisse zu Gesamtabbildern in Tabellenform zusammengefaßt. Aus diesen Tabellen erfahren wir auch den Prozentsatz der Organisierten, der immer noch einer großen Steigerung fähig ist. Außer den Lederindustrien, der Sonntags- und Nachtarbeit sind besondere Kapitel den Berufskrankheiten, der Unfallversicherung und den Arbeiterschutzbestimmungen gewidmet. Den Schluß des Werkes bilden die statistischen Angaben der außerdeutschen Länder, die allerdings viel spärlicher ausgefallen sind, als die über die deutschen Verhältnisse. Aus England waren statistische Angaben überhaupt nicht erhältlich, dagegen sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika vertreten.

Das Material ist mit großem Fleiß zusammengetragen und sorgsam verarbeitet; es bietet eine klare Uebersicht über die gesamten Verhältnisse der Lederindustrie.

Im Ruhrgebiet wird wegen seines Eintretens für seine Kameraden niemand gemahnt! In diesem Sinne äußerte sich kürzlich ein höherer Verwaltungsbeamter vor Gericht. Selbstverständlich haben die Beglückten des Ruhrgebietes ob dieser merkwürdigen Weisung ein Lächeln nicht unterdrücken können. Am Sonntag ist ein neuer Beweis dafür gegeben worden, daß der betreffende Herr sehr schlecht unterrichtet war. In Dorfeld bei Dortmund fand eine große Protestversammlung der Beglückten statt, die sich mit der Mahnung der Delegierten der Delegierten der Juche „Vorwärts“ beschäftigte. Die Delegierten hatten die Beschwerden ihrer Kameraden in Betreff der Familienkasse dem Betriebsführer mitgeteilt und waren darauf entlassen worden. Von demselben, allen organisierten Bergarbeitern zu empfehlen, auf Juche „Vorwärts“ keine Arbeit zu nehmen und nach und nach die jetzt dort beschäftigten Beglückten zu entfernen. Die Juche verliert dadurch ihren alten guten Stamm an intelligenten Arbeitern.

Die Dreidener Postamentiere sind sämtlich in den Ausstand getreten, um ihre streikenden Kollegen in Berlin zu unterstützen, aber auch, um ihre eigenen schlechten Arbeits- und Lohnverhältnisse aufzuheben. Leider ist die Mehrzahl der Streikenden unorganisiert; sie bauen auf das Solidaritätsgefühl der Arbeiter. Sendungen sind zu richten an Joseph Stalinski, „Gewerkschaftshaus“, Albrechtstr. 14, Dresden-A.

Zum Leipziger Formerkreis. Die Leipziger Metallindustriellen erlassen in den vorigen Zeitungen lange Erklärungen, in welchen sie versichern, alle Schuld an dem gegenwärtigen Kampfe von sich ab und auf die Arbeiter zu wälzen. Zugleich aber wird, daß der Beschluß, die Werkstätten Arbeiter zwei Jahre auszusperrten, wirklich gefaßt worden ist, was bis jetzt immer bestritten wurde. Das ist ein bedauerliches Geschehnis, welches auch vollkommen genügt, um mit vollem Recht die Verantwortung für den Konflikt einzig und allein den Unternehmern aufzubürden. Die Streikleitung wird auf die Erklärungen des Unternehmerverbandes durch die Herausgabe eines Flugblattes antworten.

Die Berlin-Anhaltische Maschinenfabrik in Dessau hat auf energisches Vorgehen der Formier die Leipziger Modelle zurückgeschickt. Auch aus anderen, namentlich schlesischen Orten sind in den letzten Tagen die Leipziger Modelle, ohne daß sie auswärts benutzt worden wären, in Massen wieder zurückgekommen. Damit verbessern sich natürlich die Aussichten auf einen Sieg für die Streikenden ganz bedeutend.

Der Streik der Schuhmacher bei der Firma Gehmann in Pasing-München dauert noch immer fort. Der Unternehmer hatte seine Bereitwilligkeit zu unterhandeln mitgegeben, nur wollte er von der Arbitrationskommission nichts wissen. Darauf wählten die Streikenden eine Kommission aus ihren Reihen, aber auch diese fand keine Gnade vor dem Herrn, man solle Leute wählen, die ihm genehm seien. Die Unterhandlungen haben sich dann zerfallen. Zugang ist daher noch streng ferngehalten.

### Ausland.

Den Jehnsfundentag und mehrere andere Zugeständnisse erlangen die Arbeiter der Baumwollspinnerei und Weberei von Mauthausen u. Oestereicher in Grünwald bei Gabling (Böhmen). Sie hielten am 7. d. Mts. eine von 300 Arbeitern besuchte Versammlung ab, in der folgende Forderungen aufgestellt wurden: 1. Jehnsfundentag 2. In den Betrieben arbeitenden verheirateten Frauen dürfen 2. Berechtigung des Mittagessens die Fabrik um 1/12 Uhr vorzuziehen. 3. Fünftausendprozentige Lohnerhöhung in Spinnerei und Weberei. 4. Zweifachsystem (gegenwärtig giebt es Weber, die drei und vier Stühle bedienen). 5. Vergütung für das Warten auf Ketten und Schuß, und zwar 4 Kr. per Stuhl und Stunde. 6. Einstellung des Führens während der Arbeitszeit. 7. Gründung eines Kindergartens. 8. Reparatur, bessere Reinhaltung und Desinfektion der Aborte. — Diese Forderungen wurden, nachdem die Arbeiter erklärt hatten, im Ablehnungsfalle in den Streik treten zu wollen, bis auf die Lohnerhöhung bewilligt.

Das schweizerische Arbeiter-Sekretariat bereitet eine Arbeit über die schweizerische Gewerkschaftsbewegung für die Pariser Welt-Ausstellung vor. Die bezüglichen Fragebogen sind an alle Gewerkschaften bereits versandt.

Aus Paris wird gemeldet: In Montbelliard sind 2000 Arbeiter und 600 Frauen ausständig. Die Arbeiter fordern die Entfernung eines Weisers und Lohnerhöhung.

Buchbinder-Aussperrung in Stockholm. Nachdem es den Holzfabrikanten in Nordland gelungen ist, ihre Arbeiter aus den Holzverbänden herauszuweisen, machen die Stockholmer Buchbinder denselben Versuch. Es ist den Geistes erklärt worden, daß sie ausgesperrt würden, wenn sie nicht aus dem Verbände austreten. Es ist dies die Antwort darauf, daß die Arbeiter den neuen Lohnvertrag der Prinzipale nicht anerkennen wollen und eine Herabsetzung der Arbeitszeit verlangen. Sie verdienen bisher 18 bis 24 Kronen und darüber. Die Arbeiter wollten nun die Säge 20, 22, 24 Kr. als Minimum garantiert haben, während die Arbeitgeber ein Minimum von 18, 19, 20 bieten, was eine Herabsetzung der Löhne bedeuten würde. Ferner beträgt die Arbeitszeit 50 Stunden, und die Arbeiter wünschen sie auf 59 herabgesetzt. Das Stundengeld beträgt jetzt 30, 35, 40 Ore, sie verlangen 35, 39, 42 bei 56 Stunden in der Woche, die Arbeitgeber bieten bei 59 Stunden 31, 33, 35. Zu einer weiteren Versammlung sind die Arbeiter sogar auf 20, 22, 23 Kr. herabgegangen.

Der Bericht über die Versammlung der Berliner Gewerkschaftskommission in der gestrigen Nummer ist durch solches Umbrechen des Tages an einigen Punkten fälschlicherweise geworden. Teile der Pächterischen Ausführungen sind in den Tischen-Dörfer eingeschoben worden, so daß wir uns veranlaßt sehen, die Reden der beiden Genannten nachstehend nochmals in ihrer richtigen Form wiederzugeben.

Kürzer führte aus: Er lege auch seinen Wert auf die betreffende Bezeichnung. (Gemeint ist der Passus, in dem es heißt, daß die

Gewerkschaften, die der Kommission angeschlossen sind, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen sollen. R. d. B.) Sollten aber einzelne Delegierte meinen, es müsse auch bei dieser Gelegenheit betont werden, daß „revolutionär“ mit den drei „r“ geschrieben wird, dann könne man ja diesen Delegierten den Gefallen thun und den betreffenden Passus, obwohl er ganz überflüssig sei, aufnehmen. Gewerkschaften, welche auf dem Standpunkt der Harmonie stehen, wie die Hirsch-Dunderschen, würden sich so wie so nicht der Kommission anschließen. Im übrigen sei es nicht angebracht, den Gegenstand, der in der deutschen Gewerkschaftsbewegung besteht, bei jeder Gelegenheit zu verächtlichen.

Ziehendörfers Ausführungen beziehen sich auf den zweiten Passus der Vorlage, welcher für die Unterstufung von Streiks einen besonderen Abstimmungsmodus festsetzt. Er hält es nicht für angebracht, daß man für die Bewilligung von Streiks einen besonderen Abstimmungsmodus einführt. Die Bestimmung der Vorlage sei tatsächlich dazu angethan, den Keimen Gewerkschaften gerade in den wichtigsten Angelegenheiten das Mitbestimmungsrecht derart zu beschränken, daß daselbe illusorisch gemacht werde.

### Sociales.

Die Verkümmern der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Wie alljährlich vor der Weihnachtszeit, so beginnen auch in diesem Jahre die Unternehmer-Verbände des Handelsgewerbes Sturm zu laufen gegen die Sonntagsruhe ihrer Angestellten. In Hagen, in Kiel, in Heidelberg, in Guben, in Halle, in Berlin und in vielen anderen Orten bestimmen die Unternehmer die Behörden, an den Sonntagen im Dezember die Arbeitszeit bis auf 9, ja auf 10 Uhr abends auszudehnen. Das in Berlin erscheinende „Handlungsgehilfen-Blatt“ macht nun darauf aufmerksam, daß die bestehenden Wünsche dieser Herren nicht erfüllbar sind. Die Arbeitszeit kann an den erwähnten Sonntagen wohl bis auf zehn Stunden ausgedehnt werden, nicht aber über 7 Uhr abends hinaus. Die zu dem Erlaß vom 10. Juni 1892 gehörige handelsministerielle Anweisung von demselben Tage enthält unter II.: „Zulassung einer verlängerten Beschäftigungszeit (§ 103b)“ folgende Bestimmung:

„Dem Ermessen der höheren Verwaltungsbehörden (für Berlin der Polizeipräsident) bleibt die Bestimmung überlassen, a) ob die vermehrte Arbeitszeit für alle Zweige des Handelsgewerbes zu gestatten oder auf einzelne Zweige zu beschränken ist, b) um wieviel Stunden eine Ueberschreitung der 5 Arbeitsstunden zulässig ist. — Letzteres ist der Maßgabe, daß bis zu der gesetzlich zulässigen Obergrenze von 10 Stunden nur in Ausnahmefällen zu gehen, und daß die Beschäftigung in der Regel nicht über 6 Uhr und niemals über 7 Uhr abends hinaus zuzulassen ist.“

In Berlin und auch anderwärts rüsten die organisierten Handlungsgehilfen und die Hilfsarbeiter zu energischem Protest gegen die weitgehenden Wünsche der Herren Prinzipale.

Schulhygiene in der Schweiz. In Bern tagte jüngst die Versammlung der schweizerischen Gewerkschaft für Schulgesundheitspflege, an der sich 35 Personen, meistens Ärzte, darunter auch der Direktor des schweizerischen Gesundheitsamtes, Dr. Schmid in Bern, beteiligten. Es gelangten folgende Thesen zur Annahme: 1. Zur Wahrung und Förderung der Gesundheit der Schulkinder ist die hygienische Beaufsichtigung aller Schulen sowohl auf dem Lande als in der Stadt erforderlich. 2. Wo die Verhältnisse es gestatten, soll die Anstellung hygienisch gebildeter Kräfte angestrebt werden. 3. Durch Kräfte finden periodische Untersuchungen des Gesundheitszustandes der Schulkinder und der hygienischen Verhältnisse der Schulen statt. 4. Das Lehrpersonal bedarf notwendig einer hygienischen Vorbildung zu seinem Berufe, um den Erfahrungen der Wissenschaft aus eigenem Antriebe beim Unterrichte nachgehen zu können. 5. Schulhygiene sollte für Lehrer aller Kategorien allgemein verbindliches Prüfungsfach sein. — Den ersten Punkt dieses Programms wird zum Teil heute schon nachgelebt.

### Der Krieg.

Die Lage in Natal ist unverändert. „Daily Telegr.“ glaubt, daß die Boeren zögern, englische Besatzungen anzugreifen und daß dieses Zögern durch die Furcht vor der englischen Kavallerie unter dem Befehle des Generals Sinton gesteigert wird. „Daily News“ melden, es fehle den Boeren vollständig an Transport-Material, wodurch deren Vorrücken wesentlich erschwert werde.

Andererseits wird dem „Netherlands Bureau“ aus Pretoria vom 18. Oktober gemeldet: Mehrere Boerenkommandos von Transvaal rücken gegen Biggars Berg südlich von Dundee vor.

Aus Harrismith (Orange-Freistaat) in Kapstadt eingeschlossene Flüchtlinge erklären, daß der Laurensenpaj großartig befestigt sei. Die gesamten Truppen des Orange-Freistaats an der Grenze werden auf 11 000 Mann veranschlagt.

Kämpfe um Mafeking und Kimberley. Aus Pretoria wird vom 18. Oktober gemeldet:

General Cronje meldet aus dem Hauptquartier der Boeren an der Westgrenze, daß das Kommando der Boeren aus dem Maricodrivest, bis Barnmans Drift, einer Vorstadt von Mafeking, vorgezogen ist, vor wo auch die Artillerie das Bombardement auf Mafeking eröffnete. General Cronje hat die in Mafeking eingeschlossenen Frauen und Kinder auffordern lassen, die Stadt zu verlassen.

Nach Berichten aus dem Orange-Freistaat übertrafste ein von Kimberley kommender gepanzerter Zug die Boeren, welche bei der Zerstörung der Bahnhöhle beschäftigt waren. Die Boeren schossen auf den Zug mit Rauchergeschossen, später kam Artillerie, welche das Feuer eröffnete. Der dritte Schuß traf das Bahngelände und der Zug dampfte nach Kimberley zurück. Die Boeren setzten nunmehr die Zerstörung der Bahngelände fort.

London, 18. Oktober. Der Kriegsminister veröffentlichte heute morgen folgende Note: Seit der Note, welche der Presse am Dienstag mitgeteilt wurde, hat sich in Südafrika kein erster Zwischenfall ereignet. Alle diebezüglichen Meldungen der Blätter sind daher mit Vorsicht aufzunehmen.

### Das Unterhaus.

In der Dienstag-Sitzung des Unterhauses brachte, nachdem Lord Balfour der Rede Campbell-Bannermans entgegengetreten war, Dillon einen von Labourshire unterlegten Änderungsantrag ein, in welchem erklärt wird, daß der Kriegszustand veranlaßt worden sei durch die Inanspruchnahme einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Transvaals und durch die Zusammenziehung von Truppen; in dem Antrage wurde dann die Forderung gestellt, daß vor weiteren Unterzügen in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Haager Friedenskonferenz der Versuch eines Schiedsprüchens gemacht werde.

Der Antrag wurde mit 322 gegen 84 Stimmen abgelehnt. In der Mittwoch-Sitzung des Parlaments verlas der Erste Lord des Schatzes Balfour eine königliche Botschaft, welche besagt, daß die Zustände in Südafrika nach der Ansicht der Königin der Parlamentskammer gemäß als großer Notfall zu betrachten seien, erachte es die Königin für angebracht, weitere Mittel für den Militärdienst zu beschaffen. Er glaubte daher, dem Hause mitteilen zu sollen, daß die Königin im Begriffe stehe, durch eine Proklamation die Einziehung der Miliz zu beschließen und die Milizreserve oder den Teil derselben, welchen die Königin für nötig erachtet, für den permanenten Dienst einzuberufen.

Im weiteren Verlauf der Rede sprach er dann Stanhope die Annahme eines Unterantrages vor, in welchem die Forderung der

Unterhandlungen mit Transvaal, durch welche England in Feindseligkeiten mit den zwei südafrikanischen Republiken verwickelt worden sei, ernstlich mißbilligt wird.

Im weiteren Verlaufe der Rede sprach Sir William Harcourt. Er führte aus, es sei die Pflicht des Hauses, die Regierungsgewalt in der Aufrechterhaltung der Integrität der Herrschaftsgebiete der Königin zu unterstützen; die Opposition habe aber das volle Recht, das Verhalten der Regierung, das zum Kriege führte, zu kritisieren und selbst zu beurteilen, während sie zugleich die Regierung bei der Durchführung des Krieges unterstützen. Verschiedene Erklärungen von Ministern hätten dargelegt, daß der Hauptgrund der Auseinandersetzung mit Transvaal die Nicht-Einmischung in die innere Verwaltung und Befestigung gewesen sei. (Beifall bei den Oppositionellen.) Die Zurückweisung des von Transvaal am 5. August gemachten Vorschlages sei durchaus unrichtig gewesen, auch habe die Sprache, welche Chamberlain geführt habe, nachdem der Vorschlag gemacht war und die Verhandlungen auf einen Erfolg versprechenden Punkt gelangt waren, nicht zu einer günstigen und friedlichen Regelung beitragen können. Die Depesche der Transvaalregierung vom 6. November habe das dringende Verlangen nach Beratung in gemeinschaftlicher Kommission unter der Bedingung ausgesprochen, daß die Souveränität fallen gelassen werde. Nun jedermann überzeugt ist, fuhr Harcourt fort, daß die Souveränität im Jahre 1884 fallen gelassen wurde (sante Protestrufe von Seiten der Ministerien), auf jeden Fall hätten eine Reihe von Kolonialministern nacheinander diese Meinung ausgesprochen. Hier unterbrach Chamberlain den Redner und gab seiner entgegengegesetzten Meinung entschieden Ausdruck; er sagte, er werde Neben von Ministern liberaler Kabinette erwidern, welche beweisen, daß Harcourt Unrecht habe. Harcourt erwiderte, die Souveränität sei von Chamberlain erst im Jahre 1887 formell dem Präsidenten Krüger gegenüber beansprucht worden. Die britische Regierung, führte Redner abdam an, habe dem Frieden eine Thür verschlossen; warum habe sie nicht eine andere aufgemacht? Warum seien keine neuen Vorschläge an den Präsidenten Krüger gefaßt worden? (Beifall.) Die Regierung habe kein Recht gehabt, England in einen Krieg zu verwickeln, so lange das Dunkel über die Vorschläge, die sie zu machen bereit war, nicht gelichtet wurde. Redner fragt, warum die Regierung nicht mit der Beratung in gemeinsamer Kommission vorgegangen sei, warum die letzten britischen Vorschläge nicht bekannt gemacht werden sollten, ferner warum die guten Dienste des Orange-Freistaats abgelehnt worden seien. Er fragt weiter, was dann die Unabhängigkeit Transvaals sei, die, wie der Herzog von Devonshire gesagt habe, von England respektiert worden sei, und warum, als der ausgeübte Druck in gewissem Maße erfolgreich war, der zum Frieden führende Weg nicht weiter beschritten worden sei. Harcourt schloß mit der Bemerkung, er nehme nicht teil an der Verantwortung für die Maßnahmen, welche zum Kriege führten, jedoch unterstütze er die Regierung der Königin, bei dem gegenwärtigen unglücklichen Konflikt. Darauf wurde die Debatte vertagt.

London, 18. Oktober. (M. Z. B.) Nach einem Telegramm der Abendblätter aus Pretoria wurde in Mafeking die weiße Flagge gehißt; jedoch wurde nicht bekannt, ob die Stadt sich ergeben wolle. Das Kriegsamt meldet, daß es Nachrichten von General White erhalten habe, der erwarte, daß die Bewegung der Boeren von den Drakensbergen her fortgesetzt würde und daß die Boeren mit den englischen Vorposten zwischen Ladysmith und dem Engpaß der Drakensberge Kämpfe gewinnen. Im Norden rücken die Streitkräfte der Boeren von Zougane her mit einigen Batterien vor. Die Boeren am Unfallsfluß rücken gegen Norddrift vor. Englische Kavallerie überwacht die Bewegungen. Die Salutos des Orange-Freistaates sollen den Boeren feindlich gesinnt sein.

London, 18. Oktober. (M. Z. B.) Nach einer weiteren Mitternachtsmeldung aus Pretoria erfolgte die Hisung der weißen Flagge in Mafeking, nachdem nur einige Schiffe abgegeben waren. Es wurde jedoch eine Abteilung Boeren mit der Parlamentarflagge entsandt, um nachzutragen, ob die Stadt übergeben werde. Sie erhielten jedoch keine Antwort, da dem als Boten entsandten Bürger die Augen verbunden und er erst nach sechsständiger Festhaltung freigelassen wurde. Danach wurden die Geschütze der Boeren gegen die Stadt gerichtet, wo man die Herstellung einer für die Verteidigungszwecke bestimmten Feldbahn beobachtete.

London, 18. Oktober. (M. Z. B.) Nach einem Telegramm der „Times“ aus Ladysmith sind die Boeren nicht weiter vorgezogen. Ein Stamm Eingeborener ersuchte den General White, die Erlaubnis zu erteilen, daß sie die Waffen gegen die Boeren ergreifen, weil diese einen Teil ihres Viehes abgenommen haben. General White beschied die Eingeborenen abschlägig.

London, 18. Oktober. (M. Z. B.) Der Nachtragsetat der Militärverwaltung ist heute dem Unterhause zugegangen. In demselben werden 30 000 Mann und 10 Pfd. Sterl. gefordert. Diese 30 000 Mann stellen wahrscheinlich den Höchstbetrag dar, um welchen der für 1899/1900 festgesetzte Effektivebestand überschritten wird. Die Gesamtforderungen der Militärverwaltung belaufen sich auf 30 617 200 Pfd. Sterl.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 18. Oktober. (M. Z. B.) In der am Freitag stattfindenden Sitzung des Abgeordnetenhauses dürfte Dr. Wade trotz des Einspruchs eines Teiles der Rechten zum ersten und zum zweiten Vizepräsidenten gewählt werden. Unter den Einläufen befinden sich zwei von den Deutschliberalen und den Deutschvölkischen gestellte Anträge auf Vereidigung des Ministeriums Thun in den Anlagenzustand, ferner ein Antrag der Sozialisten auf Streichung des § 14 aus dem Staatsgrundgesetz.

Wien, 18. Oktober. (M. Z. B.) Im Herrenhause wiederholte der Vorsitzende des Ministeriums Graf Clary seine im Abgeordnetenhause abgegebene Erklärung und ließ hieran die Bitte, das Haus wolle die Absichten und Bestrebungen der Regierung, welche unter den schwierigen Verhältnissen die Führung der öffentlichen Angelegenheiten übernommen habe und kein anderes Ziel verfolge, als dem Kaiser und dem Staat treu zu dienen, seine patriotische Unterstützung nicht versagen. Die Regierungserklärung wurde an verschiedenen Stellen mit Beifall aufgenommen.

Prag, 18. Oktober. (M. Z. B.) Die Straßendemonstrationen der Tschechen haben sich wiederholt. Aus den Häusern deutscher Juden ritz man die Fenster heraus. Militär machte die Luße wieder herstellen, da sich die Polizei als zu schwach erwies.

Prag, 18. Oktober. (M. Z. B.) In Wörmisch-Brod und Jaromer veranstalteten Tschechen Straßendemonstrationen gegen die Regierung.

Paris, 18. Oktober. (M. Z. B.) Die Untersuchungskommission in der Komplottaffäre wird ihre Arbeiten morgen oder spätestens übermorgen beendet haben.

Paris, 18. Oktober. (M. Z. B.) Ueber den Tod der Offiziere Boulet und Chanoin wird weiter gemeldet, daß die Genannten nach der Ermordung des Oberleutnants Kloban am 16. Juli einen Teil ihrer Tralleure nach der Ostschiff-Wahdi gefaßt hatten. Am folgenden Morgen empfanden sich die Tralleure und lösteten zuerst Chanoin, welcher mit ihnen zu verhandeln suchte und sodann Boulet, welcher, nachdem er Mühnri verlassen hatte, dorthin zurückzukehren beabsichtigte. Die Tralleure trafen sodann mit dem Lieutenant Kloban zusammen, welcher die Expedition in westlicher Richtung nach Doffo führte, nachdem er in Jinder eine Besatzung zurückgelassen hatte.

Rio de Janeiro, 18. Oktober. (M. Z. B.) Alle Gerüchte, die im Süden Brasiliens angelegten Deutschen planten eine Revolution, um eine selbständige Republik zu bilden, werden von kompetenter Seite demontiert.

Caracas, 18. Oktober. (Meldung des „Netherlands Bureau“.) Matos, den Andrade zur Vermittlung des Friedens zu dem General Castro geschickt hatte, ist heute mit einem Ultimatum wieder zurückgekehrt, welches, wie man erwartet, Andrade annehmen wird.



Partei-Nachrichten.

Ueber schweizerische Parteiverhältnisse schreibt man uns: Im Frühjahr machte ein Antrag in weiteren Kreisen von sich reden...

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ueber eine merkwürdige Verurteilung berichtet unser Anhaltisches Parteiblatt. Der Anhaltische Kriegerverband hatte sich in seiner Generalversammlung mit Politik beschäftigt...

Aus der Frauenbewegung.

In die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Unsere Zeit hat auch für die Frauen neue Forderungen geschaffen. Rängt vorüber sind die Tage, in denen die Aufgabe des Weibes erschöpft war...

Kommunales.

Aus der Magistratsitzung am Mittwoch. Auf Grund eines Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich das Magistratskollegium mit der Errichtung eines hygienischen Laboratoriums...

einem Berichte darzustellen, welche Aufgaben einem solchen Amte zu stellen seien.

Der Kassenausschuss der Kanalkationswerke und der Riefelder der Stadt Berlin für das Etatsjahr 1898 weist im Ordinarium eine Ausgabe von 9 267 003,52 M. auf...

Tokales.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntagabend 6 Uhr findet in Feuersteins oberem Saal, Alte Jakobstr. 75, eine Versammlung statt...

Achtung, 6. Wahlkreis! Folgende vier Kommunalwähler-Versammlungen finden am Donnerstag, den 19. d. M. abends 8 1/2 Uhr statt:

Freie Volkshöhle. Die 5. Abteilung hat ihre Auftakt-Aufführung am kommenden Sonntag um 2 1/2 Uhr im Odeon-Theater...

Arbeiter-Bildungsschule, Neue Köpferstr. 3. Heute beginnt der Kursus in Nationalökonomie (Grundriss der Nationalökonomie). Vortragender: Schriftsteller Dr. Conr. Schmidt...

Das städtische Fortbildungsschulwesen

hat sich im Schuljahr 1898/99, wenn man die Frequenz als Maßstab nehmen will, in denselben langsamen Tempo wie bisher weiterentwickelt. 1898/99 (bzw. im Vorjahr 1897/98) hatten sich in den 4 (bzw. 5) Fortbildungsanstalten für reifere Personen im Sommer 568 (603) verschiedene Teilnehmer für zusammen 737 (758) Kurse...

Die wirkliche Beteiligung am Unterricht ist diesmal an den Fortbildungsschulen für Jünglinge und auch an denen für Mädchen geprüft worden, aber nicht wie in früheren Jahren — nur in je einer Woche des Sommer- und des Wintersemesters, sondern den ganzen Sommer hindurch...

Auf die Ursachen dieser Mangelhaftigkeit des Fortbildungsschul-Besuches haben wir seit vielen Jahren immer von neuem hingewiesen. Wenn auch manches andere, z. B. auch die Persönlichkeit des Leiters und der Lehrer der einzelnen Anstalten, dabei mitspricht, so ist die Hauptursache doch in dem Festhalten an der Freiwilligkeit des Besuches in Verbindung mit der Wahl der Wochentags-Abende und des Sonntags-Vormittags als Unterrichtszeit zu erblicken.

Die Einführung einer Verpflichtung zum Besuch der Fortbildungsschule ist nicht bloß durch die Rücksicht auf die lernfähigen Elemente unter der heranwachsenden Jugend geboten. Sie würde vielen Arbeitgebern wahrscheinlich unangenehmer sein als den meisten Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern, aber gerade deshalb ist sie besonders notwendig...

Der Berliner Prekinn will von einem Verzicht auf die vielgepriesene Freiwilligkeit des Fortbildungsschul-Besuches wenig wissen, obwohl man anderswo damit keine schlechten Erfahrungen gemacht hat. Der „Zwang“ widerstreitet ja dem freisinnigen Prinzip — auch der Zwang, der sich gegen den Steden richtet und dem Schwachen zum Schutze gereichen soll...

Im Harnlose-Prozess

ist die Beweisnahme nach dreizehntägiger Verhandlung am Mittwoch geschlossen worden. Die Plaidoyers werden erst am Sonntag abend beginnen, so daß sich der Prozeß höchstwahrscheinlich noch in

die nächste Woche hineinziehen wird. Auch diese Verurteilung ist außerordentlich charakteristisch für die rücksichtsvolle Art, in der dieser Prozeß gegen Aristokraten geführt wird...

Der Vorgang ist in unserer Gerichtspraxis so außerordentlich, daß er auch wieder zu Vergleichen anregt zwischen der üblichen Behandlung gewöhnlicher Angeklagter und der Behandlung der adeligen Spieler...

Was für noble Herren diesmal die Anklagebank zieren, das kam am letzten Verhandlungstage noch einmal recht deutlich zur Erscheinung, als die Einladungen zu Gesellschaften und Wällen vorgelesen wurden...

Man begreift nach alledem den Schmerz der Anklagebehörde und des Herrn v. Platenfels, so feudale junge Leute — auch Herr von Kröcher war ja in der Hofgesellschaft eingeführt — verhaften zu müssen...

Winterfreunden der Arbeiterklasse. Das Steigen der Preise für Nahrungsmittel und Konsumartikel macht sich in empfindlichster Weise bemerkbar. Nach und nach werden alle Produkte theurer, die von der ärmeren Bevölkerung in Massen gekauft werden müssen...

In den äußeren Stadtbezirken Berlins sind in den letzten Wochen 28 neue Feuerwehler aufgestellt worden. Gestern abend trat aus unbekannter Ursache eine Störung in der Telegraphenleitung der Feuerwehr im Innern der Stadt ein...

Zwangsdienung für Schuhmacher. Der Oberpräsident zu Potsdam hat unterm 6. Oktober d. J. angeordnet, daß zum 1. Januar n. J. eine Zwangsdienung für das Schuhmacherhandwerk in dem Bezirke der Stadtgemeinde Berlin mit dem Sitze in Berlin errichtet werde...

Wenn auch keinen neuen Oberbürgermeister, so hat Berlin doch wenigstens einen neuen Gouverneur bekommen. Der frühere Kommandeur des 5. Armeekorps, seit einem halben Jahre kommandierender General des 10. Armeekorps, General der Infanterie von Bomsdorff ist nämlich zum Gouverneur von Berlin ernannt worden...

Ehrenschiff für einen Arbeiter. Vom Verband der Wuchbinder erhalten wir folgende Mitteilung: Ein erfreulicher Vorgang ist aus der Kontobücherfabrik von V. Juergens zu berichten. Einem jetzt 10 Jahre lang im Geschäft thätigen Wuchbinder wurde dieser Tage aus Anlaß seines Jubiläums dadurch eine Auszeichnung zu theil, daß die Firma, ohne die Beihilfe der Kollegen in Anspruch zu nehmen, dem Arbeiter ein hübsches Diplom sowie eine Geldspende überreichte...

Für den Gefangentransport auf den Eisenbahnen von und nach Berlin sind neue Bestimmungen getroffen worden. Danach sind ganz bestimmte Jüge für diesen Transport ausgewählt. Nur im Stadt- und Ringbahnverkehr ist ein täglicher Gefangentransport vorgesehen. Für diese Transporte ist in den Jügen stets ein abgeschlossenes Abteil 3. Klasse in dem Wagen freizubehalten, welcher dem vom Zugführer benutzten Wagen am nächsten steht...

Eine aufregende Scene spielte sich gestern nachmittags in einem hiesigen Krankenhaus ab. Eine Frau, Namens Rosalie Holpe, hatte während der gewöhnlichen Besuchszeit einen Kranken besucht und schied sich um 2 1/2 Uhr ab, die Anstalt wieder zu verlassen. Pöblich aber zog sie aus dem Hause der Abteilung, auf der sie mit vielen anderen Besuchern gewesen war, einen Revolver aus der Tasche, richtete die Waffe blitzschnell gegen ihre Brust und drückte ab...

Im Tiergarten erschossen hat sich am Dienstagnachmittag der wissenschaftliche Hilfslehrer Otto Rewes, ein Mann von 38 Jahren. Rewes machte von Michaelis 1868 bis ebendort 1899 am Köllnischen Gymnasium ein Probejahr ab und sollte am



1. November bei dem Gymnasium in Freiental eintraten. Am 1. November bei dem Gymnasium in Freiental eintraten. Am 1. November bei dem Gymnasium in Freiental eintraten.

Neue Postmarken. Offiziell wird berichtet: Die neuen Postmarken für größere Beträge, welche am 1. Januar 1900 zur Ausgabe kommen sollen, werden in besonders künstlerischer Ausstattung zur Ausführung gebracht.

Aus den Nachbarorten.

Heber Darwinismus und Socialismus spricht Genosse Dr. Kuslowki Donnerstagabend 7 1/2 Uhr im Verein 'Vorwärts' zu Treptow, Baumfuhlenstraße 89.

Charlottenburg. Den Mitgliedern des hiesigen social-demokratischen Wahlvereins geben wir hiermit bekannt, daß wegen unvorhergesehener Fälle die zu heute angelegte Versammlung des Wahlvereins ausfällt.

Nizdorf erhält nach der vom Ministerium dieser Tage getroffenen Entscheidung am 1. November die königliche Polizei. Nur die Straßen- und Wegebaupolizei verbleiben der Stadt.

Die Fahrgeschwindigkeit der Sächsischen Vorortbahn ist mit dem Beginn des Winters erheblich eingeschränkt worden. Während man früher die ganze, über 21 Kilometer lange Tour in 80 Minuten zurücklegte, durchfahren die Wagen die Strecke jetzt in 96 Minuten.

Vom Polizeikampf gegen die Radfahrer. Es wird berichtet: Das Entgegenkommen, das der Landrat des Kreises Teltow, Herr Stubenrauch, bekundet hat, indem er den Radfahrern durch besondere Verfügung die Fußgängerwege der Kreischaussees zum Befahren freigegeben hat, hat eine unerwünschte Wirkung gehabt.

Ein großer Diebstahl- und Hehlerei-Prozess, der dadurch bemerkenswert ist, weil die drei der Hehlerei Beschuldigten Schulze Leute waren, gelangte gestern vor der achten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Auf der Anklagebank befanden sich der Kaufmann Otto Schlichteisen und die einstufigen dienstentlassenen Schulleute Guido Brilling, Karl Buss und Hermann Kull.

Gerichts-zeitung.

Ein großer Diebstahl- und Hehlerei-Prozess, der dadurch bemerkenswert ist, weil die drei der Hehlerei Beschuldigten Schulze Leute waren, gelangte gestern vor der achten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung.

Schlichteisen soll in 26 Fällen je ein Fahrrad gestohlen, 14 vollendete und 9 verfuhrte Betrugsfälle begangen haben, Brilling soll sich durch sechs, Buss durch vier und Kull durch 2 Fälle der Hehlerei schuldig gemacht haben.

Die drei früheren Schulleute, von denen Brilling und Buss sich in Haft befinden, bestreiten ihre Schuld. Brilling behauptete, daß er nicht sechs, sondern nur fünf Räder von Schlichteisen gekauft und auch einen weit höheren Preis dafür gezahlt habe, als Schlichteisen angab.

Die drei früheren Schulleute, von denen Brilling und Buss sich in Haft befinden, bestreiten ihre Schuld. Brilling behauptete, daß er nicht sechs, sondern nur fünf Räder von Schlichteisen gekauft und auch einen weit höheren Preis dafür gezahlt habe, als Schlichteisen angab.

In gleicher Weise verteidigten sich die Angeklagten Buss und Kull. Keiner von ihnen will gewußt haben, daß Schlichteisen ein wegen Diebstahls verurteilter Mensch ist.

Die umfangreiche Beweisnahme ergab, daß Schlichteisen auch eine Menge anderer Personen, darunter selbst seine eigene Frau, demuziert hatte. Der Angeklagte Kull war nur beschuldigt, in zwei Fällen dem Schlichteisen gegen Provision Käufer nachzusetzen zu haben.

eisen dabei blieb, daß er ihm 9 M. gezahlt habe. Die Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schwindt, Frey Frankel und Referendar Goldstein, hatten einen Beweis dafür angetreten, daß noch diese Personen Räder zu gleichen Preisen von dem Angeklagten gekauft hatten, wie die drei beschuldigten Schulleute.

Professor Dr. Strahmann gab sein Gutachten dahin ab, daß der Angeklagte Schlichteisen zwar ein keineswegs geistig normaler Mensch sei, aber keineswegs sich in einem Zustand befände, daß er nicht für sein Thun verantwortlich gemacht werden könne.

Staatsanwalt Rohde beantragte die Freisprechung des Angeklagten Kull, gegen den eine strafbare Handlung nicht erwiesen sei. Dagegen halte er in Betreff der Angeklagten Brilling und Buss, die mindestens hochgradig fahrlässig gehandelt hätten, eine Freisprechung noch nicht unbedingt für geboten und stelle daher den Eventualantrag, den direkten Vorgesetzten dieser beiden Angeklagten über ihre bisherige Lebensführung zu berichten.

Der Gerichtshof folgte diesem Antrage und sprach die drei Schulleute frei. Schlichteisen wurde nach dem Antrage des Staatsanwalts zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Ungültigkeit einer Polizeiverordnung. Nach einer Polizeiverordnung für den Kreis Trebnitz sollen Gastwirte an gewerbliche Arbeiter, sowie an Land- und Forstwirtschafts-Arbeiter ausschließlich des Genußes keinen Branntwein auf Kredit verabfolgen. Wegen Vergehens gegen diese Bestimmung wurde der Gastwirt Hüsel in der Berufungsinstanz zu einer Geldstrafe verurteilt.

Wegen Nötigung, Beleidigung und Bedrohung mit einem Verbrechen hatten sich die zu Kleinendorfer wohnhaften Arbeiter Nibel und Schmidt vor der ersten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Sie waren bei dem Unternehmer Schier beschäftigt und sollen dort am 4. September d. J. bei einer gewerblichen Streitigkeit den Schächtmesser Wessely und auch verschiedene Arbeiter bedroht haben.

Der Arzt Alex Nabe ist gestern wegen verschiedener Sittenvergehen, die er an Kindern begangen hat, zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden.

Versammlungen.

Die an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend hielten am 9. d. M. im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c, ihre Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung beschäftigte sich die Versammlung mit der Firma Karl Müller, Schönhauser Allee. Hierzu war ein Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes erschienen, welcher die Lohn- und Arbeitsverhältnisse schilderte.

Gober gab hierauf den Specialbericht der Abrechnung vom 1. Juni bis 30. September 1899. Daraus beläuft sich die Gesamtannahme inklusive eines Kassenbestandes von der Hebernahme des vorigen Verbandes auf 2711.10 M., der eine Ausgabe von 825.15 M. gegenübersteht; somit verbleibt bei der Abrechnung ein Bestand von 1885.95 M.

Am 17. d. M. bei Platonowka. Kahler, Mitglied der Lohnkommission, erstattete den Bericht über den Stand des Streiks der Petroleum-Lutscher. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Direktion eine Verhandlung mit der Lohnkommission kurzweg abgelehnt hat.

Vermishtes.

Heber ein böswillig herbeigeführtes Eisenbahn-Unglück wird aus Königsberg i. Pr. berichtet: Wie erst jetzt bekannt wird, geriet am 16. d. M. morgens ein auf dem Bahnhof Seeburg von Köthlich einlaufender Arbeitszug infolge böswillig herbeigeführter falscher Weichenstellung auf eine noch nicht mit Schienen belegte Strecke.

Vetragsaffaire in Leipzig. Wegen Betrugs wurde am Dienstag der Rinnhaber eines großen Fabrik-Etablissements im Westen Leipzigs verhaftet. Er soll Wechselkreiterei im Betrage von über 400 000 M. betrieben haben.

Wieder wird ein Neubau-Unglück aus Köln gemeldet. Dort brach gestern an einem Neubau ein Gerüst zusammen. Die darauf befindlichen Arbeiter wurden in die Tiefe geschleudert, von denen einer sofort tot war; die anderen wurden schwer verletzt.

Aus Wien wird berichtet: Zwischen den Stationen Franzensfelde und Graßent der Brenntrecke stieß heute früh ein von Südbahn kommender Schnellzug mit einem Güterzuge zusammen, wobei drei Beamte des Güterzuges getötet und der Zugführer des Schnellzuges leicht verletzt wurden.

'Harmlose' tauchen jetzt an allen Ecken und Enden auf. Nachdem erst kürzlich in Lübeck eine Spielergesellschaft überfallen worden ist, kommt jetzt aus Frankfurt a. M. die Mitteilung, daß es der Kriminalpolizei in der Nacht zum Dienstag gelungen ist, in zwei Wirtshäusern Spielhöllen zu sprengen und die Teilnehmer festzusetzen.

Ein furchtbares Hochwasser ist über das alte Italien gefahren bekannt. Salerno hereinabgerollt. Die harmlose Flussandole ist, wie wir bereits telegraphisch gemeldet haben, infolge von Regengüssen in wenigen Stunden zu einem Strome angeschwollen. Der Kilometer weit über seine Ufer getreten ist. Das Wasser kam so schnell, daß sich die Bewohner der an dem fließenden liegenden Ortschaften nur mit Mühe in den ersten Stock ihrer Häuser oder auf die Dächer retten konnten.

Marktpreise von Berlin am 17. Oktober 1899. nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidenten. Tabelle mit 4 Spalten: Ware, Preis, Einheit, weitere Info.

Ermittelte pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern - Kollerngesellschaft - und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppel-Centner.

Produktenmarkt vom 18. Oktober. Am Getreideverkehr war die Tendenz matt und das Geschäft auf ein Minimum beschränkt. Hauptächlich für Weizen trat ziemlich dringliches Angebot zu Tage; der Artikel war am Frühermarkt 1.50 M., mittlere 1 M. billiger zu haben.

Städtischer Schlachtlehmarkt Berlin, 18. Oktober 1899. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf fanden: 682 Rinder, 1776 Schafe, 1196 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtwiecht in Markt (beziehungsweise für 1 Pfund in W.): für Rinder: a) vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00-00, b) junge fleischige, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 00-00.

Der Markt und Tendenz. Vom Rinderauftrieb blieben ungefähr 375 Stück unverkauft. Der Rinderauftrieb gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen fand nur etwa ein Viertel des Anstiebes Absatz. Der Schweinemarkt verlief langsam, wird aber voll geräumt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zeitschilde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.

M. S. Besuchen Sie es mit einer Anfrage an die Kommandantur in Brandenburg. Eine Verpflichtung, solche Anfragen zu beantworten, hat allerdings die Militärbehörde nicht.

W. W. Sie müssen sich den Vorschriften des Hauses fügen.

W. S., Berlin. Die Schrittschritte sind ebenfalls unrichtig abgeschrieben. Tausend Jahre ist die Inschrift gewiss nicht alt. Lassen Sie dieselbe doch photographieren, dann wird die Entzifferung leicht sein.

Frühreuter. 1. Jg geboren 7. November 1810 in Stawentzogen (Preussisch-Schwaben). 2. Die medienbüchliche. 3. Gestorben in Eisenach am 12. Juli 1874.

W. Mann. Der Amtsvorsteher ist leider im Recht. Sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Zeitschilde vor. - R. M. 6. Wenn Sie zumalbesten erhalten, können Sie trotzdem versuchen zu arbeiten, brauchen der Anzahl hiervon keine Mitteilung zu machen und erhalten die Rente, auch wenn Sie arbeiten. - 100. Antworten stehen Ihnen als Erben Ihres Bruders gegen die Invaliditäts-Versicherungsanstalt nicht zu. - R. 13. Das betreffende Mitglied können Sie aus Ihrem Vorkamerieren ansprechen.

R. 3. 14. Wenden Sie sich an einen Agenten. - W. 3. S. 1. und 2. Ja. 1. Geldstrafe oder Gefängnis. 4. und 5. Ja. - G. 2. 199. Die Frau ist verpflichtet, zu ihrem Ehemann zurückzukehren. Thut sie das nicht, so macht der Ehemann sie nicht zu alimentieren, kann bei Gericht Rückkehrbefehl beantragen und, falls die Frau demnach nicht zurückkehrt, Ehecheidung begehren. - G. 24. Wenn vereinbart wird, nicht am Sonnabend, sondern am Donnerstag, dem Geschäftstags, sollte geschlossen werden, aber nur der bis Donnerstag, dem Tag des Geschäftsschließens, verdiente Lohn sollte Sonnabends gezahlt werden, so liegt keine Abrede über Lohnentziehung, sondern über Fälligkeit des Lohnes vor. Sollte Abrede wäre also auch nach Sylvester 1899 zulässig. - G. 1. Nein, Sie werden wohl keine richtige Klage eingereicht haben...

Witterungsübersicht vom 18. Oktober 1899, morgens 8 Uhr.

Witterungsübersicht vom 18. Oktober 1899, morgens 8 Uhr. Tabelle mit 4 Spalten: Stationen, Barometer, Windrichtung, Wolkendeckung, Wetter.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 19. Oktober 1899. Trocken, teils heiter, teils neblig, ein wenig kühler bei schwachen nordöstlichen Winden.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, 19. Oktober.  
Opernhaus. Der fliegende Holländer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Faust. Anf. 7 Uhr.  
Deutsches. Das Friedensfest. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Festung. Als ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Das Gehe. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Schiller. Nora. Anfang 8 Uhr.  
Neues. Colombine. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Westen. Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Thalia. Der Plagmajor. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neuburg. Jagdfreuden. Vorher: Familien-Supper. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Luisen. Molly Carré. Anfang 8 Uhr.  
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Ostend. Weltuntergang. Anfang 8 Uhr.  
Victoria. Die weiße Henne. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmshof. Der Klub der Harmlosen. Anfang 8 Uhr.  
Velle-Milance. Geschloffen.  
Metropol. Hund um Berlin. Im Reiche der Seceffion! Anfang 8 Uhr.  
Hofka. Frau Anna. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Palast. Spezialitäten. Specialitäten-Vorstellung. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Passage. Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.  
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.  
Taubenstr. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

### Friedrich-Wilhelmshof Theater

Chausseestr. 25/26.  
Abends 8 Uhr: Abends 8 Uhr: Zum 6. Male:  
**Der Klub der Harmlosen.**  
Großes Berliner Sensationsstück in 5 Akten von Berden.  
1. Bild: Verpöcht. 2. Bild: Auf dem Metropol-Balk. 3. Bild: Falscher Verdacht. 4. Bild: Im Klub der Harmlosen. 5. Bild: In Moabit.  
Morgen, abends 8 Uhr: Der Klub der Harmlosen.  
Die für die Reise nach der Insel "Insel" angegebene Bond haben auch heute Gültigkeit.  
Sonabend, nachm. 4 Uhr: Große Kinder-Vorstellung zu kleinen Preisen:  
Schneewittchen und die 7 Zwerge. Zaubermärchen in 8 Bildern.  
Preise d. Plätze zur Kinder-Vorstellung: Gallerie 10 Pf. 2. Rang u. 2. Rang Sperrsitze 20 Pf. II. Parterre 30 Pf. I. Rang Balkon 30 Pf. I. Parterre 40 Pf. Gauleule u. Tribüne 50 Pf. I. Rang-Loge 60 Pf. Parterre-Loge 75 Pf. Orchester- u. Fremden-Loge 1 Pf.  
Sonntagvormittag 4 Uhr zu kleinen Preisen: **Maria Stuart.** Trauerspiel in 5 Akten v. Friedrich v. Schiller.

### Ostend-Carl-Weiß-Theater

Gr. Frankfurterstraße 132.  
Täglich außer Sonntag  
Es zeigt die Devote beim  
**Weltuntergang.**  
Rein Männlein und Weiblein sollte bekümmern sich vor der Katastrophe den wachen  
**Weltuntergang**  
anzusehen. Noch nie ist so viel geboten worden an Sehenswürdigkeit wie diesmal im  
**Weltuntergang.**  
Die Dekorationen sind blendend und von verblüffender Naturwahrheit in dem Ausstattungsstil: Der  
**Weltuntergang.**  
Der Zusammenstoß des Mondes mit dem Kometen und der Luftkutschfahrt im  
**Weltuntergang**  
ist geradezu packend.  
Jeden Abend 8 Uhr beginnt der  
**Weltuntergang.**  
Im Tunnel: Frei-Konzert v. 7 Uhr an.  
Täglich: Der Weltuntergang.  
Der wirklich grohen Andrauges wegen lohnt es sich, die Billets drei Tage vorher zu holen, welche an der Kasse ohne Aufgeld vertrieben werden.

### Palast-Theater

Burgstraße 22.  
Direktion: Winter und Fröbel.  
Ganz Berlin spricht von dem  
Oktober-Programm.  
Ganz Berlin freut über die trefflichen  
Rezeptions- und fechtischen Auftritte.  
Drei Vasillen  
in dieser Aufstellung noch nie dagewesen  
Ganz Berlin lacht  
über Winter und Fröbel in der  
Kassensammlung 6 Uhr.  
Billets Vorverkauf vorm. v. 11-1 Uhr.  
Jeden Sonntag und Sonntag nach  
der Vorstellung um 11 Uhr:  
**Großer Tanz.**

### Schiller-Theater

(Wallner-Theater).  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Nora.  
Schauspiel in 3 Akten v. Henrik Ibsen.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Viel Lärm um nichts.**  
Sonabend, abends 8 1/2 Uhr:  
**Die Grossstadtluft.**

### Thalia-Theater

Tel. Amt IVa 6440, Dresdenerstr. 72/73.  
**Der Plagmajor.**  
Thomas, Tilscher, Holmerding, Junkermann.  
Im 2. Akt: Gr. Mistofop-Perzett.

### Urania Freie Volksbühne.

Taubenstrasse 48/49.  
- Im Theater abends 8 Uhr: -  
„Der Sieg des Menschen über die Natur.“  
Hörsaal: Prof. Müller: „Unsere Kraftspender.“  
Invalidenstr. 57/62:  
**Tägl. Sternwarte.**  
Nachmittags 5-10 Uhr.

### Freie Volksbühne.

Sonntagvormittag 2 1/2 Uhr im Ostend-Theater  
**5. Abteilung: Goethes Faust.**  
Die nächste 3. Serie der Vorstellungen findet gleichfalls im Ostend-Theater statt. Zur Aufführung gelangt  
**M. Dreyers Drama „Winterschlaf“.**  
Die Generalversammlung ist am Donnerstag, den 26. Oktober cr., abends 8 Uhr, in Cohns Festsälen, Beuthstrasse. Tages-Ordnung: Verwaltungs- und Kassenbericht; Bericht der Revisoren. Mitgliedskarte legitimiert. Um zahlreichen Besuch bittet  
**Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.**

### Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.  
**Die Geisha.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.  
Sonntagvormittag 3 Uhr zu halben Preisen: Waldweiber von Johann Strauß.

### Victoria-Theater

C. Alexanderstr. 40. Fernph. VII 1711.  
Direkt.: V. Bausenwein u. C. Emmerich.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 40. Mal mit vollständig neuer Ausstattung:  
**Revue! Die weiße Henne. Revue!**  
(La poule blanche).  
Sauberville in 3 Akten von Hennequin und Mars. Deutsch v. Volten-Bédéro. Russl. u. B. Foger. In Paris mit jenat. C. ... Der 500 mal gegeben.

### Apollo-Theater.

Abends 9 Uhr:  
**Frau Luna**  
mit  
**Cäcilie Carola**  
in der Titelrolle.  
Feiner:  
**The Gothams**

Das berühmte amerikanische komische Vokal-Konzert.  
**Olto Reutter**  
Chavita - Yumata Tero - Barra-Truppe - Blossoms - Les Durands - Francis Gerard  
**„Grigolatis“**  
etc. etc. etc.  
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Vorverkauf täglich im Theater und beim „Künstlerdank“, Unterd. den Linden 69.

### Passage-Theater.

Anfang des  
**Konzerts**  
6 Uhr,  
der  
**Vorstellung**  
7 Uhr.  
**Passage-Panoptikum.**  
Neu!  
**Anatomisch-Museum.**

### Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.  
Täglich außer Sonnabends  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger.**  
Anfang wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 6 1/2 Uhr.  
Heute zum 1. Male:  
**Die Ahnungslosen.**

### Maehrs Theater

Oranienstr. 24.  
**Rosen aus dem Süden.**  
Aufstufungs-Vorstellung.  
Das  
großartige Oktober-Programm.  
Elsa Messer, Kothum - Sourette, Matr. Pauly, Contarionis, Matr. Dobbrick, Champion-Gaudehandlung, Franziska Held, Sourette, Gustav Eulenborg, Humorist.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.  
Vorzugsstellen an Wochentagen gütlich.

### CASTANS PANOPTICUM

165. Friedrichstrasse 165.  
Neu! Die heulenden Neu!  
und tanzenden  
**Derwische**  
! aus Ober-Aegypten!  
Ohm Krüger \* Dreyfus  
Mercier \* Zola.

### W. Noacks Theater,

Brunnenstraße 10.  
**Die schöne Ungarin.**  
Pöffe mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von Keller und Mannst. Nacht von Steffens.  
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:  
**Tanzfränzchen.**

### Cirkus Busch.

Donnerstag, den 19. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: **Gala-Abend.** Die vier Epielen. Romantisches Wintergemälde eine 30 Min. hohe Luftschiffahrt hinaufsteigend und durch das Wasserballon fahrend. Sturz und der Hirtentanz und Wasser. Uriesel-Walzer. Treten des Monsieur Nanco u. seinem Wunderpferd. Unsere Marine. Großer Ballet. Die Seelenden. Die phantomenen Reiterkämpferinnen Miss Clark und Miss Darling.  
Morgen, abends 7 1/2 Uhr: **Große humoristische Vorstellung.**

Täglich frisch angeflachtet:  
**Sirischfleisch** 35, 30, 40 Pf.  
Hart 50 Pf.  
**Oberbrüher Gänse** 50 u. 55.  
**Kaninchen** 70; **Hasen,** **Hühner, Enten, Tauben.**  
**A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.**

### Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57.  
Direktion: Richard Schulz.  
Sensationeller Erfolg!  
Täglich von 9 1/2 Uhr ab:  
**Rund um Berlin.**  
Berliner Lokalrevue in 2 Akten von Julius Freund.  
Musik von Julius Gindshofer.  
1. Bild: An der Chansonnettenede.  
2. Bild: Im Ausstellungsparc.  
Sittliches Vornehm! Inbegriff! Beifall! erregen:  
9 1/2 Uhr: Die Veränderung der Berliner Theater-Direktionen.  
9 3/4 Uhr: Das ist Berlin, die Stadt der Lieder: „Am schönen grünen Strand der Spree“.  
10 Berliner Landpartien.  
10 1/2 „Der Ehe-Automat“.  
10 3/4 Die lex Helme.  
10 5/4 Die Kompanisten und die Kanalvorlage!  
10 3/4 Das letzte Werk.  
10 5/4 Das sind lauter Puppen für Panoptikum.  
10 3/4 Die Friedens-Konferenz im Gang.  
10 5/4 10 3/4 Uhr:  
**Die gejudeten Zeugen**  
im  
**Harmlosenprozess in Moabit**  
sind zur Stelle gebracht.  
Berlin und Fremde  
lachen bis zu Tränen um 10 Uhr  
40 Minuten über  
Dr. Kornblum, Kavaller Wolf,  
**Lana Kussinger etc.**  
Alles haunt, daß man endlich gefunden den richtigen Sachverständigen.  
Zum Schluß  
Mit feinsten Aufstufung:  
**Im Reiche der Seceffion.**  
Großes Ballet.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

### Achtung! Verband aller Achtung!

**im Stock- und Schirm-Gewerbe**  
Beschäftigten Berlins und Umgegend.  
Sonabend, den 21. Oktober, im Schweizer Garten (Am Königsthor):  
**7. Stiftungs-Fest**  
unter gütiger Mitwirkung des Hilderschen Gesangsvereins (M. d. H. S. B.).  
Festrede. Ball.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Herren 50 Pf. Damen 30 Pf.  
Billets sind bei sämtlichen Reservanten sowie beim Kassierer Karl Liebs, Frankfurter Allee 4 zu haben. 170/9  
Um alleseitigen Zutritt bittet  
Der Vorstand.  
Die Jagdstelle ist am Gehabend geschlossen.

### Tischler-Verein.

Sonabend, den 21. Oktober, in Stecherts Festsälen, Andreasstrasse No. 21:  
**28. Stiftungs-Fest.**  
Auftreten des beliebten Komikers Herrn Gursch und des Wunderfindes mit seinen Kopfbalance-Vorstellungen. 190/6  
Billets sind noch beim Vorstehenden und bei dem Kassierer zu haben.

### Frauen-Vortrag

Morgen, Freitag, 20. Okt., abends 8 1/2 Uhr, „Flora-Zäle“, Weberstr. 17  
über: „Naturheilverfahren zu Hause“.  
Der Vortrag wird vom Naturheilkundigen Grundmann an großen Lichtbildern erklärt.  
Wohr, nur Frauen, willkommen. - Entree 30 Pf., dafür eine Broschüre.  
Berliner Naturheilverein, C. Geschäftl. Magazinstr. 17.

### Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche

anschießlich eigenes Fabrikat. - Specialität: Arbeiter-Berufsartikel: blau Arbeiter-Jacken Nr. 1,65, beige je nach Größe um 10 Pf. blau Arbeiter-Hosen, in allen Längen, Nr. 1,65. Arbeiterhemden, Blusen, Wäschesittel u. Monteurhemden. D. Wurzel & Co., Wrangeistr. 17.

### Reichshallen.

Täglich:  
**Stettiner Sänger**  
Wieser, Pleiro, Reiten, Ziehl, Krone, Kirchmayer, Schneider und Schrader).

### Stages Pfingstfahrt

Zurück von Berlin.  
Anf. präzis 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.  
Num. Balkon 75 Pf. Balkonloge 1 Pf. Orchesterloge 1,50 Pf. Fremdenloge 2 Pf.  
Tageskasse 11-1 Uhr.  
Die Billets zu den nummerierten Sitzen sind seit 8 Tage vorher zu haben.  
Freitag: Neues Programm.  
Zum Schluß:  
Ein vergnüglicher Wahntag.

### Alcazar-Theater

Varleté I. Ranges  
Dresdenerstr. 52-53. Annonstr. 42-43.  
Auftreten von absolut erstklassigen Specialitäten  
Anfang:  
Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.  
Entree:  
Wochentags 20 Pf. Sonntags 30 Pf. 236882  
Die Direktion:  
Richard Winkler.







Die „Harmlosen“ vor Gericht.

Dreizehnter Tag.

Alte Spielergeschichten.

Nach Eröffnung der gestrigen Sitzung wird die Auslage des verstorbenen Bankiers Reinhold Selig verlesen, die er als Zeuge in dem im Jahre 1888 verhandelten Spielerprozess Neuter gemacht hat. Es geht daraus hervor, daß damals der junge Herr Prinz-Reichenheim, der in einer Nacht mehrere hunderttausend Mark im Spiel verloren hatte, zu verheizen gegeben hatte, daß er Gaunern in die Hände gefallen sei. — Auf Antrag des Justizrats Dr. Sello wird ferner das gegen Neuter ergangene Urteil verlesen, anscheinend um zu zeigen, wie weit das Bild, welches jenes Urteil von dem Treiben eines gewerbemäßigen Glücksspielers auswirft, von den Ergebnissen der jetzigen Verhandlung abweicht. Aus dem Urteil geht u. a. hervor, daß damals in Spielkreisen die Vorbefestungen des Wolff unbedeutend gewesen sind. — Justizrat Dr. Sello stellt den Antrag, daß in dem hannoverschen Spielerprozess ergangene Urteil vollständig zur Verlesung zu bringen. Er verweist dabei auf § 24 der Strafprozess-Ordnung und betont, daß dies Urteil bei den Urteilen als Beweismittel benutzt sei und ihm aus diesem Grunde die Kenntnisnahme desselben wichtig erscheine. Prozessuale Einwendungen gegen diesen Antrag kann der Oberstaatsanwalt nicht erheben, ebensowenig der Gerichtshof. Da die Verlesung des Urteils etwa drei Stunden in Anspruch nehmen wird, so beschließt der Gerichtshof, die Verlesung am Schluß der Beweisaufnahme vorzunehmen.

Darauf schließen sich noch nachträgliche Fragen an einzelne der anwesenden Zeugen.

Das Urteil des Herrn v. Kardorff.

Einer derselben, der Sohn des Abg. v. Kardorff, bestätigt auf Befragen, daß v. Kardorff den Wunsch ausgedrückt hat, endlich auch einmal aus den Spielkreisen herauszukommen. Das „Treten“ der Spielgauler sei allerdings nicht schön, aber doch ebensovornehmungsgewöhnlich, wie das Liebertragen von Spießförmern von einem auf den anderen. Die Hauptsache, daß die „Sogonia“ in Göttingen dem Angeklagten v. Kardorff trotz der eingeleiteten Untersuchung das Band belassen hat, sei ein Zeichen ganz ungewöhnlichen, außerordentlichen Vertrauens, denn man müßte doch immer voraussetzen, daß, wenn ein Regierungsrat und Meierde-Lieutenant, der in den besten Gesellschaftskreisen verkehrt, verhaftet wird, dies doch nur auf Grund des schwerwiegendsten belastenden Materials geschehen sein könne. Was das Drohen mit dem Regimentsskommandeur betrifft, so sei das gewiß auch nicht schön, es stelle aber doch gewöhnlich nur eine Nebenart dar.

Nach einmal Mantuffel im Kreuzfeuer.

Rechtsanwalt Dr. Schachtel: Hat v. Mantuffel dem Zeugen mitgeteilt, daß er (was nicht der Fall war) Herrn v. Kröcher vor dem Spieler Wolff gewarnt habe? — Der Zeuge betont zunächst, daß er nicht zu denjenigen Zeugen gehöre, die das Jurefessende der Protokolte bemängelt haben. Er habe nichts von seinen ersten Befragungen zurückgenommen. Auf das bestimmte muß ich erklären, daß Herr v. Mantuffel mir vor meiner Vernehmung gesagt hat, er habe Herrn v. Kröcher vor Wolff gewarnt. — Rechtsanwalt Dr. Schachtel: Und infolge dessen haben auch Sie bei der Vernehmung unter dem Eindruck gestanden, daß die Angeklagten außerordentlich schwer belastet sind, mit Wolff unter einer Dede gefestigt zu haben? — Zeuge: Ja. — v. Mantuffel bestreitet, gesagt zu haben, daß er Herrn v. Kröcher vor Wolff gewarnt habe und giebt auf Anregung des Oberstaatsanwalts nur zu, möglicherweise gesagt zu haben: „die Herren sind ja gewarnt.“ — Zeuge bleibt dabei, daß v. Mantuffel gesagt habe, er habe als Regimentskamerad vor Wolff gewarnt. — Rechtsanwalt Dr. Schachtel: Ein weiterer Widerspruch ist noch anzuführen, der auf die Verhaftung der Angeklagten Bezug hat. Zeuge v. Mantuffel hat die Behauptung aufgestellt: Graf Königsmark habe ihm gesagt, nach einer Mitteilung des Leutnants v. Jagowick sei der Oberleutnant Montaldi mit 7-800 M. über die Grenze geschafft worden. — Zeuge Graf Königsmark erklärt auf das Bestimmteste, daß er Herrn v. Mantuffel niemals eine derartige Mitteilung gemacht habe.

Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Schachtel wird der f. Z. gegen v. Kardorff und v. Kröcher erlassene Haftbefehl verlesen. Dieser wurde unter anderem damit begründet, daß nach glaubhaften Meldungen v. Kardorff mit v. Kröcher zusammen einen Zeugen Mittel gegeben habe, um sich der Zeugenpflicht zu entziehen, so daß Kollisionsgefahr, außerdem aber auch Fluchtverdacht vorliege. — Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbick hebt dem gegenüber hervor, daß nach v. Kröchers eigener Auslage Montaldi gesagt hätte: er sei einer der wichtigsten Zeugen, es sei wohl besser, daß er verhafte. — v. Mantuffel: Ein Irrtum meinerseits bezüglich des Grafen Königsmark ist gänzlich ausgeschlossen. Ich habe nachträglich noch meine Notizen durchgesehen und finde eine sofort nach der Unterhaltung mit dem Grafen Königsmark niedergeschriebene Zeugnisaussage, aus welcher hervorgeht, daß Graf Königsmark tatsächlich jene Mitteilung gemacht hat. Das Gedächtnis des Grafen Königsmark scheint nicht zu stark zu sein, denn er hat gesagt, er sei etwa fünfmal in der Spieleraffäre mit mir zusammengekommen, tatsächlich war es nur zweimal. — Graf Königsmark: Auch hier irrte sich Herr v. Mantuffel wieder einmal. Ich wiederhole auf das Bestimmteste, daß es mindestens fünfmal war, ebenso wiederhole ich auf das Bestimmteste, daß Herr v. Mantuffel sich über meine angebliche Mitteilung über Montaldi gänzlich im Irrtum befindet.

Hochkaplerchen, was sieht Du?

Rechtsanwalt Dr. Schachtel: Herr v. Mantuffel hat mit einer gewissen Empfindlichkeit betont, daß er sich nie irrte. Abgesehen von den Irrtümern, die v. Kardorff und Graf Königsmark von ihm behaupten, bitte ich dem Zeugen Freiherrn v. Reccum noch einmal Gelegenheit zu geben, sich darüber zu äußern, daß Herr v. Mantuffel auch ihn irrtilich verstanden hat. — Freiherr v. Reccum bekräftigt dies, erregt aber damit lebhaften Widerspruch des Zeugen v. Mantuffel. Der Zeuge bleibt bei seinen Behauptungen. Herr v. Mantuffel habe die drei Angeklagten sofort stark verdächtigt und auf seinen Einspruch, daß er Herrn v. Kröcher sehr genau kenne, erwidert: „Aber mit Falschspielern haben Sie unbedingt verkehrt, darüber ist nicht zu streiten.“ Der Zeuge hat dann, wie er behauptet, Herrn v. Mantuffel gesagt, er werde unter diesen Umständen Herrn v. Kröcher nicht mehr empfangen, bis er sich von dem Verdacht gereinigt hat. v. Mantuffel habe davon abgesehen und gesagt, er werde eines Tages die drei Herren vorladen, „dann fällt die Maske zu und wir haben die Wölge gefangen.“ — Rechtsanwalt Dr. Schachtel läßt sich durch den Zeugen bestätigen, daß v. Mantuffel zu ihm auch vom Herrn v. Galoffstein und zwar in dem Sinne gesprochen habe, daß v. Galoffstein ein ausländischer Mensch und nur „verführt“ worden sei, wobei in nachlässiger Weise mit den Angeklagten gesagt worden sei, „v. Galoffstein sei nicht so schlimm.“ — Justizrat Dr. Sello: Dielesonit Wood hat gestern eine Versicherung des Dr. Korablum dahin betundet, daß es ihn gleichgültig sei, ob Sie, Herr v. Mantuffel, Polizeirat werden möchten und er nur etwas sagen würde, wenn er 10 000 M. erhalte. Haben Sie bezüglich der Scala Ihrer Karriere irgend etwas dergleichen geäußert, oder ist das nur das Verdacht der Phantasie des Herrn Dr. Korablum? — v. Mantuffel: Das ist nur Alibihergespinnst und ich muß die Unterstellung, als ob ich mit dieser Sache ehrgeizige Pläne verfolgte, absolut ablehnen, ich habe nur meine Pflichten erfüllt. — Dr. Sello: Ich wollte Sie auch nur gegen den abwesenden Ehrenmann Korablum in Schutz nehmen! — Zeuge v. Reccum erklärt

nochmals, daß in einigen Punkten er direkt das Gegenteil von dem habe sagen wollen, was v. Mantuffel behauptete. v. Mantuffel bestreitet dies abermals energisch und erinnert daran, daß der Zeuge u. a. auch die Wendung gebraucht habe: „Im Victoria-Hotel spielen Hochkapler.“ Der Zeuge erklärte, daß man das Wort „Hochkapler“ in Spielkreisen manchmal aus Scherz anwende und eine scherzhafte Phrase, wie „Ra, Hochkaplerchen, was sieht Du?“ nicht selten ist.

Noble Bekanntschaften.

Nachdem noch die Aussagen einiger kommissarisch vernommener Zeugen verlesen worden waren, beantragt Rechtsanwalt Dr. Schachtel die Verlesung von etwa 70 an den Angeklagten v. Kardorff ergangener Einladungskarten, um zu beweisen, daß derselbe seine freie Zeit nicht etwa bloß dem Spiele widmete, sondern in den vornehmsten Kreisen „gesellschaftliche Pflichten“ erfüllte. Unter verschiedenen Hofanfragen, Einladungen zur „Festlicher Cour“ etc. befinden sich unter den Einladungen solche vom Grafen Posadowsky, Staatssekretär v. Stephan, Präsidenten Persius, Justizminister v. Schelling, Reichsbankpräsident v. Dergens, Kabinettsrat Dr. v. Lucasius, Staatsminister Dr. Woffe, Kriegsminister v. Bronsart, Kommand. Admiral Jähn, v. d. Goltz, Staatsminister v. Wötterich und v. Bonin, Herrn v. Lucius, Anton v. Werner, Vizepräsident Koch, v. Hausmann, v. Werleppich, Prinz Fr. v. Hohenzollern, Landgerichtsdirektor Ried u. v. a.

(Mittagspause.)

Schlussnotizen des Grafen Reventlow.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung richtet Rechtsanwalt Dr. Schachtel an den Sachverständigen Grafen Reventlow die Anfrage, ob er nach allem was er aus eigenen Bahnechnungen und aus den Verhandlungen erfahren, die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die Angeklagten als gewerbemäßige Spieler anzusehen seien. — Der Oberstaatsanwalt wider spricht dieser Fragestellung, da es sich um eine Rechtsfrage handle, die der Gerichtshof zu entscheiden habe. Der Gerichtshof lehnt aus diesem Grunde die Fragestellung ab. — Dr. Schachtel: Dann frage ich den Herrn Sachverständigen: Haben Sie in dem Willen, in welchem die Angeklagten mit 200 anderen Herren verkehrten, bei dem Spiel der Angeklagten irgendwelche Abweichungen von der Spielart der anderen Herren wahrgenommen? — Sachverständiger Graf Reventlow: Durchaus nicht. — Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbick: Wie oft war der Sachverständige beim Spiel im Centralhotel? — Sachverständiger: Im Centralhotel nur einmal, ich war aber auch mehrmals im Victoriahotel etc. Ich muß auch sagen, daß alle die Momente, die in der Anklage bezüglich des Hochspiels als besonders auffällig hervorgehoben worden, nicht auffällig sind, sondern überall vorkommen. — Justizrat Dr. Sello: Hat sich in spielerischer Beziehung ein Unterschied zwischen dem Spiel im Centralhotel und dem Spiel an anderen Orten gezeigt? — Sachverständiger: Durchaus nicht!

Ende der Beweisaufnahme.

Rechtsanwalt Pinens I: Ich lege zwar kein Gewicht darauf, was Korablum gesagt hat, aber ich möchte doch von Herrn von Mantuffel wissen, ob ihm Korablum gesagt hat, auch Hr. v. Schachtel meher habe den Wolff eingeschickt. — v. Mantuffel: Nein, davon ist nie die Rede gewesen. — Rechtsanwalt Pinens I: Hat dagegen auch Herr Korablum bestätigt, daß v. Schachtel nur mit niedrigen Einsätzen gespielt? — v. Mantuffel bestätigt dies. — Eine Frage des Dr. Sello, ob der Zeuge Moos der Verfasser einiger in der „Deutschen Warte“ und in der „Morgenpost“ erschienenen Artikel über die Spieler-Affäre sei, wird vom Zeugen Moos bejaht. Er teilt noch mit, daß er gegen Herrn Peterion in Breslau wegen dessen Mitteilungen über ihn den Klageweg beschritten habe. — Hierauf werden sämtliche Zeugen und der Sachverständige entlassen und es erfolgt die Verlesung des Urteils im hannoverschen Spielerprozess. Die Beweisaufnahme ist hiermit erschöpft und allerseits wird auf weitere Beweisaufnahme verzichtet.

Vertagung der Verhandlungen.

Rechtsanwalt Dr. Schachtel beantragt für sich und Dr. Sello, mit den Plaidoyers am Sonnabend zu beginnen, da es notwendig sei, nach einer dreiwöchigen Verhandlung der Verteidigung Zeit zu lassen, das überaus umfangreiche Material zu prüfen und durchzuarbeiten. — Rechtsanwalt Dr. Schachtel erklärt, daß es ihm am liebsten wäre, wenn gleich am Donnerstag plaidiert würde und der Oberstaatsanwalt stellt den bestimmten Antrag, mit den Plaidoyers am Donnerstag zu beginnen. — Der Gerichtshof beschließt, die Verhandlung bis nächsten Sonnabend zu vertagen und alsdann mit den Plaidoyers zu beginnen.

Verfammlungen.

In der öffentlichen Kommunalwähler-Versammlung für den 38. Bezirk, welche in den Humboldt-Eulen in der Justizstraße stattfand, referierte Genosse Brunns. Der Redner geißelt im Eingang seiner Rede das jetzige Kommunal-Wahlrecht und die Stellungnahme des Freisinn gegenüber der Forderung auf Verbesserung dieses Wahlrechts. Alsdann geht er auf die Volksschule ein. Er fährt aus, welche mannigfachen Verbesserungen unsere Vertreter im „Roten Hause“ für die Schule verlangten. Des näheren geht er ein auf die Forderung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, die Gewährung von Frühstück für die Kinder und die Einführung von Schulärzten. Dann weist er auf die Mängel unseres Schulwesens hin und auf die Notwendigkeit einer Befestigung der Kinderarbeit. Nachdem Redner eine Reihe anderer sozialdemokratischer Forderungen erörtert hat, schildert er die städtische Waisenpflege, kommt auf das Submissionswesen zu sprechen und fordert an seine Stelle in erster Linie die Uebernahme öffentlicher Arbeiten in eigene Regie, in zweiter Linie wenigstens die Befestigung, daß öffentliche Arbeiten nur zu den von der Arbeiterklasse als Norm anerkannten Löhnen ausgeführt werden. Auch die Befestigung der Wohnungsverhältnisse, die für kleine Wohnungen unbedingt vorhanden sei, fordert Redner. „Wenn man nun aber“, fährt Redner aus, „der Socialdemokratie vortwirft, sie baue wie eine Jakobslleiter in den Himmel hinein, ohne zu fragen, woher die Mittel zu nehmen seien, so sind auch diese nachweislich leicht zu beschaffen.“ Als solche Mittel nennt Redner die Uebernahme der öffentlichen Verkehrsmittel von Seiten der Stadt, ebenso wie die der Elektrizitätswerke etc. — Er schildert dann den Freisinn in der Stadtverordnetenversammlung, speziell die von ihm abgeschlossene famose „Mandat-Verhandlung“, bei der er sich sogar in seinem Redewort in den Reihen der Antisemiten eine Abfuhr holte. Redner fordert zum Schluß die Anwesenden auf, nach Kräften dafür zu sorgen, daß bei der bevorstehenden Wahl alle unsere Kandidaten der dritten Wählerklasse gewählt werden, damit am 6. November unsere Stegelslage vom „Roten Hause“ weise. — In der Diskussion sprachen noch die Genossen Helwig und Rasche. — Der Vorsitzende fordert zum Schluß die Anwesenden auf, nach Kräften ihre Schuldigkeit dazu zu thun, daß am 6. November unter Parteigenossen Franz Kleinert als Vertreter der dritten Wählerklasse des 38. Wahlbezirks gewählt werde.

In Wilbrods Festalen fand am Dienstag ebenfalls eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung für den 40. Bezirk statt, welche leider sehr schwach besucht war. Referent war der Kandidat des Bezirkes Genosse Dr. Freudenberg, welcher über das Thema: „Der Freisinn im Roten Hause“ sprach. Er gab zunächst einleitend eine sehr treffende Charakteristik der freisinnigen Parteien im allgemeinen und ging dann zu einer eingehenden Kritik der bürgerlichen

Faktionen im Rathause über. Redner geißelte die Haltung der sogenannten „Freisinnigen“ bei den bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen und wies darauf hin, daß auch die neue Faktion der Linken, die „Unentwegten“, mit nur zwei Ausnahmen sich den übrigen Rathausparteien unter der Devise Kampf gegen den Umsturz“ angeschlossen habe und mit denselben gemeinsame Sache bezüglich der Verteilung der Mandate mache.

Es sei eine bekannte Sache, daß der Freisinn nicht wenig stolz auf seine Verwaltung der Stadt Berlin sei. In Wirklichkeit wäre aber auf vielen Gebieten der städtischen Verwaltung ein Stillstand zu verzeichnen, der gleichbedeutend mit Rückschritt sei. Dies zeige sich besonders beim Unterrichtswesen: den überfüllten und stehenden Schulen etc. Alle Forderungen der Socialdemokratie in dieser Beziehung: Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, Verbot der Erwerbsthätigkeit schulpflichtiger Kinder und Speisung derjenigen Kinder, deren Eltern zu arm seien, um ihnen ein warmes Frühstück geben zu können, — seien abgelehnt worden. Besonders bezüglich der letzteren Forderung habe man den Einwand erhoben, daß sie ein Eingriff in die Familie sei. Mit diesem Einwand habe man freisinnigerseits gewissermaßen das „Recht zum Hungern“ gegen die Socialdemokratie verteidigt und feierlich sanktioniert.

Auch habe Eugen Richter den Kostenpunkt ins Feld geführt. Dieser läme aber insofern weniger in Betracht, als bei verschiedenen Gelegenheiten: patriotischen Festlichkeiten, Empfängen fremder Potentaten erhebliche Summen erspart werden könnten. Außerdem würde durch Uebernahme des Verkehrswezens und anderer Institutionen durch die Stadt eine Reihe von Einnahmequellen für dieselbe erschlossen.

Auch auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheits-, Kranken- und Armenpflege ging der Redner dem Freisinnslinien unbarberzig zu Leibe und wies ihm ein erhebliches Manko nach. Die Armenunterstützung, die für den Erwachsenen durchschnittlich 18 M., für Kinder 6,35 M. pro Monat betrage, sei durchaus ungenügend. Dies geht schon daraus hervor, daß die städtische Waisenverwaltung für die Ernährung eines Kindes 30 Pf. pro Tag, also ca. 9 M. pro Monat bezahle. Dieser Betrag sei also erheblich höher als die für Kinder gewährte Armenunterstützung.

Auch die Lage der städtischen Arbeiter sei keine beneidenswerte; sie bekämen fast ausschließlich die Schattenseiten eines kapitalistischen Betriebes zu sehen. Hier müßte ebenfalls die Socialdemokratie bessernd und helfend eingreifen; ebenso auch bezüglich der Lage der städtischen Lehrer.

Mit der Aufforderung an die Anwesenden, am Tage der Wahl voll und ganz ihre Schuldigkeit zu thun, damit die Socialdemokratie herrschend aus der Wahlhölle hervorgehe, schloß Dr. Freudenberg seine treffenden mit scharfen Pointen gewürzten Ausführungen. Eine Diskussion fand nicht statt. Mit einem kräftigen Schlusswort schloß der Vorsitzende Genosse Arendt alsdann die Versammlung.

In der Kommunalwähler-Versammlung bei Kleinert.

Schlichter, der sich eines regen Besuches zu erfreuen hatte, sprach der Kandidat des Wahlbezirks, der Genosse Augustin, über die Bedeutung der Stadtverordneten-Wahlen für die arbeitende Bevölkerung, mit besonderer Berücksichtigung der Thätigkeit des Freisinn im Roten Hause. Besonders die neueste Heldenthat, die Verteilung der Mandate ohne Befragung der Wähler innerhalb des neuesten „Dreibundes“ liberaler Oberwanz, wurde von dem Redner einer wenig schmeichlerhaften Kritik unterzogen. Sodann ging derselbe dazu über, in drastischer Weise zu zeigen, was der Freisinn auf dem Gebiete der Kommunalpolitik alles nicht gethan hat, oder, wo dennoch ein ganz klein wenig geschehen, zu beweisen, daß das Wenige nur unter dem Druck der socialdemokratischen Vertreter geschehen ist. Redner beleuchtet weiter an der Hand unseres kommunalen Programms alle die verschiedenen Einrichtungen, an deren Umgestaltung in freisinnigem oder wahrhaft vollständigem Sinne die arbeitende Klasse ein so hervorragendes Interesse hat. An ihren Früchten soll Ihr sie erlernen. Die Früchte, die die freisinnige Kommunalpolitik aber bisher getragen, lassen jede Erwartung zu nichte werden, daß durch diese die Interessen der arbeitenden Bevölkerung jemals diejenige Berücksichtigung finden werden, die sie gemäß der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung derselben finden müssen. Soll deshalb in dieser Beziehung Wandel eintreten, so dürfen am Wahltag nur die Vertreter des arbeitenden Volkes, der Socialdemokratie als Sieger aus der Wahlurne hervorgehen. Lebhafter Beifall belohnte diese Ausführungen. In der Diskussion meldeten sich Gegner nicht zum Wort, dieselbe bewegte sich in zunehmendem Maße; besonders wurde in derselben die Schädlichkeit des Submissionswesens und die Notwendigkeit nachzugehen, alle vorkommenden städtischen Arbeiten in städtische Regie zu übernehmen. Genosse Kiesel wies im Schlusswort besonders darauf hin, daß die freisinnige Stadtverwaltung in punkto Socialpolitik sich sogar von König Stumm nicht gar zu viel unterscheiden, indem er die Fälle anführte, in denen städtischen Arbeitern das Recht der Koalition aberkannt oder zum mindesten strengt gemacht wurde. Mit der Aufforderung, bis zum Wahltag unermüdet für die Wahl der socialdemokratischen Kandidaten agitatorisch thätig zu sein und mit einem stämmig aufgenommenen Hoch auf die Socialdemokratie fand die Versammlung ihren Abschluß.

Ueber den national-socialen Vertretertag.

Die Delegierten desselben am Dienstag Bericht in einer nur schwach besuchten Versammlung. Der erste Redner, Herr v. Gerlach, streifte auch die Verhandlungen des socialdemokratischen Parteitages, dem er als Zuhörer beigewohnt hat. Der Redner ist der Meinung, daß sich die Socialdemokratie wieder ein Stück weiter nach rechts entwickelt habe, er sieht darin ein Umsichgreifen des national-socialen Gedankens und auf eine weitere Nachrechtsentwicklung der socialdemokratischen Partei. Nach diesem Redner berichteten noch die Herren Demasche, Schaal und Weinhausen über den Vertretertag. Zur Diskussion schloß sich niemand bewegen.

Die streikenden Metallarbeiter.

waren am Mittwochvormittag wieder in sehr großer Zahl im Konzerthaus Sanssouci versammelt. Käther, der über die Situation des Streiks referierte, legte zunächst unter Anführung verschiedener Beispiele dar, daß auch bei dieser Lohnbewegung die Unternehmer wieder mit dem größten Terrorismus gegen jeden Arbeiter vorgehen, der in dem Verdacht steht, am Streik teilgenommen zu haben. Weiter wies der Redner darauf hin, daß auch die Polizei mit großer Schärfe gegen die Streikposten vorgeht. Zwar, das Postensuchen an sich werde zu nicht bestraft, aber die Behörde finde in dem Verhalten der postensuchenden Arbeiter fast immer Gründe zum Erlass eines Strafmandats. Die gegen einen Kollegen verhängte polizeiliche Strafe von 30 M. sei damit begründet worden, daß der Betreffende auf dem Trottoir ging und mit dem Schirm schwenkte. Die Strafmandate seien überhaupt in letzter Zeit sehr teuer geworden, die Polizei thue es nicht unter 15 bis 30 Mark in jedem einzelnen Falle. Es sei bezeichnend für den gegenwärtigen Nachhausekurs, daß die Unternehmer ungestraft den weitgehenden Terrorismus gegen die Arbeiter ausüben dürfen. Die Lage des Streiks bezeichnete der Redner als die denkbar günstigste. Es sei begründetes Aussehen vorhanden, daß sich in allernächster Zeit die Situation ändere und zwar zu Gunsten der Ausständigen, so daß also vom Nimmst unter den Streikenden keine Rede sein könne. (Lebhafte Beifall.) Hierauf nahm Käther das Wort. Er führte unter anderem aus: Der Beschluß der Formerverammlung, betreffend Anfertigung von Streikarbeit, sei von den Streikenden vielfach mit Mißbilligung aufgenommen worden, jedoch ohne Grund. Dieser Beschluß sei nur im Interesse eines günstigen Verlaufes des Streiks gefaßt worden, und daß er den gewünschten Erfolg hatte, gehe daraus hervor, daß schon am folgenden Tage fünf der betreffenden Gewerkschaften sich mit den Arbeitern geeinigt haben.



